

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 3. Dezember 1920
11. Jahrg. Nummer 282

Erstklassige Zeitung mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigensatz: Die schlagvollsten Plakatentwürfe oder deren Nachahmung 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Wollanpreis: Die dreifachste Plakatentwürfe oder deren Nachahmung 10 Pf. — Inhalt der Inseraten-Annahme in der Haupt-Exposition über in den Lokal-Expositionen am Tage vorher bis spätestens 10 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzböden Str. 50, Tel. 880 80.
Botschaften: Breslau 644, Redaktion: Breslau, Kreuzböden Str. 50, Tel. 239 02. Sprechst. der Redaktion von 12-18 Uhr.
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Stilllegungszeiten:
Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4088; Oppeln, Kavaliersstr. 11, Tel. 1804;
Ostbr.: Lützow 6, Tel. 2884. Geschäftszeit: 9-10 Uhr. Geschäftsland:
Hauptverlagssitz Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schiefelbusch, Breslau, Kreuzböden Str. 50.

Wieder 4000 politische Angeklagte!

Die neueste Leistung des Reichsanwalts:

Aufruf gegen das Volksbegehren der Reaktion ist Hochverrat

ad. Breslau, 3. Dezember.

Gegenwärtig wälzt sich gegen die kommunistische Bewegung in Deutschland eine Flut des gesteigerten Terrors. Alle Gegner der Arbeiterklasse haben sich verbündet zum Kampf gegen den Kommunismus. An der Spitze steht selbstverständlich die Klassenjustiz. Die Zeiten von 1923 und 1924, wo hunderttausend deutsche Kommunisten die Kerker der deutschen „Republik“ füllten, werden bald übertriffen sein. Nach einer Aufstellung der roten Hilfe befinden sich bereits gegenwärtig circa 4000 Arbeiter in Deutschland wegen politischer Vergehen und „Verbrechen“ unter Anklage und täglich kommen neue Anklagen hinzu.

Diese Massenanklagen gegen revolutionäre Arbeiter und Funktionäre der kommunistischen Partei liegen ganz in der Linie des vom Reichsrat angenommenen Seeverkehrs- und Zuchtgesetz gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, das jetzt zwei Titel hat. Das Zuchtgesetz nennt sich nicht nur Gesetz zum Schutz der Republik, sondern hat als Untertitel die Wahrung

des Lebens des Kapitals, der in Deutschland seinen einzigen Halter soll, damit das deutsche Proletariat sich nicht wehren soll gegen die zwei Milliarden, die alljährlich nach dem Young-Plan aus seinen Knochen geschunden werden sollen. Dieser Knebel des Proletariats, diesem Kirchhofsfrieden zum Schutz der Republik der Ausbeuter und der Republik der schamlosesten Korruption dienen auch die Massenanklagen gegen die kommunistische Presse. Es gibt zurzeit keine einzige kommunistische Zeitung in Deutschland, gegen deren Redakteure nicht Massenanklagen, meist Hochverratsverfahren, laufen. Am 11. Dezember d. J. (der Termin vom 3. ist vom Reichsgerichtspräsidenten auf den 11. verlegt worden) findet der von mehrfach erwähnte Prozeß gegen den Genossen Dombrowski vor dem Reichsgericht in Leipzig statt. Obwohl das Verfahren bereits im Juli abgeschlossen war, fabrizierte der Oberreichsanwalt immer neue Nachtragsanklagen und stellte Artikel unter Anklage, die „im Fortsetzungszusammenhang“ stehen sollen. Die letzte Nachtragsanklage erfolgte noch im November, so daß jetzt insgesamt neun Artikel unter Anklage stehen. In einem Teil der Artikel erblickt der Oberreichsanwalt „Versehungsarbeiten unter der bewaffneten Macht“. Ein Symptom dafür, daß mit der Verschärfung der Kriegsgesetze die Aktionen der Klassenjustiz zum Schutze des deutschen Imperialismus sich fortwährend steigern.

Daß es sich in dem Fall des Genossen Dombrowski nicht um eine einmalige Maßnahme gegen eine kommunistische Zeitung handelt, sondern daß das Vorgehen der Klassenjustiz, vor allen Dingen des Reichsanwalts, ein ganz systematisches ist, das beweist die Fortführung der Hochverratsaktion gegen den jetzigen verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, den Genossen Alfred Thomas. Nachdem bereits ein Hochverratsverfahren wegen des Kampfauftrages der Konferenz werktätiger Frauen Schlesiens gegen ihn eingeleitet war, ist ihm gestern mitgeteilt worden, daß eine zweite Hochverratsuntersuchung gegen ihn läuft, und zwar — wegen des Aufrufs des Zentralkomitees der kommunistischen Partei gegen das demagogische, verlogene „Volksbegehren“ der Eugen-berg und Hilfer.

Auch dieses Verfahren ist politisch von großer Bedeutung. Bisher hat sich kein Staatsanwalt gefunden, der gegen die Eugen-berg und Hilfer-Presse aus Anlaß des Volksbegehrens Strafverfahren einleitet. Regierung und Klassenjustiz wissen, daß dieser „Kampf“ der deutschnationalen und nationalsozialistischen Betrüger nur eitel Schaumschlägerei ist. Die Brandmarlung des Young-Planes, der trügliche und wirkliche Appell in diesem Aufruf, der das arbeitende Volk anzuwert, sich der Ausbeutung durch den Young-Plan zu widersetzen, ist Hochverrat. Außerdem schweben gegen den Genossen Thomas weitere Verfahren wegen Gotteslästerung, „Verbreitung unzüchtiger Schriften“ usw., die den Vorstoß der Kulturreaktion kennzeichnen.

Es gilt die Dinge in ihren Zusammenhängen zu betrachten. Die Aufrufprozeße in Breslau, die Verurteilung der streikenden Textilarbeiter in Langenbielau, die Massenanklagen gegen die „Arbeiter-Zeitung“, sie sind ein Glied in der Kette der Verfolgungen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse. Sie leiten eine neue Epoche des Terrors gegen die revolutionäre schlesische Arbeiterbewegung ein.

Mit Kirchhofsgesetz und Massenanklagen, mit Zeitungsverboten und Entzerrung der kommunistischen Funktionäre will die deutsche Bourgeoisie den Widerstand des Proletariats gegen seine Ausplünderung erstickt. Die deutsche Arbeiterschaft wird darauf antworten. Der revolutionäre Gewerkschaftskongreß hat der Arbeiterschaft neue Wege gewiesen. Daß das deutsche Proletariat diese Wege be-

schreit, wird kein Kirchhofsgesetz und kein Oberreichsanwalt verhindern. Wie in Hamburg bei dem Verbot der Parteipresse, so werden im Falle des Verbotes kommunistischer Zeitungen überall Hunderte neuer Betriebszeitungen entstehen. Auch die schlesischen und ober-schlesischen Arbeiter werden in Anbetracht der Verschärfung des Kampfes gegen die kommunistische Partei und der Vorbereitung des Verbotes der Partei sich der scharfen Waffe der Betriebszeitungen in verstärktem Umfang bedienen. Sie werden sich fester um die „Arbeiter-Zeitung“ scharen, für sie werben und für ihren Ausbau alle Kräfte einsetzen. Sie werden auch die Organisation im Kampfe gegen die Klassenjustiz, die „rote Hilfe“, deren Aufgaben gewaltig wachsen, mit allen Kräften — besonders bei den Weihnachtsaktionen — unterstützen.

Was Bismarck nicht glückte, die revolutionäre Arbeiterbewegung durch Ausnahme-gesetze und Massenprozesse zu erstickt, das wird den erbärmlichen Sozialfaschisten, den Sehering und Preussner, nicht gelingen. Auf Schandpläne werden sie nicht zu den schändlichen Formen des Klassenkampfes, an der wachsenden Wut und Empörung der Massen über die schändliche Ausplünderung durch die Müller-Hilferding-Regierung, an der brüderlichen Solidarität aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Lübeck durch Polizei aus dem Stadtparlament entfernt

Lübeck, 3. Dezember. Gestern, Montag, wurde die gesamte Lübecker kommunistische Stadtverordnetenfraktion durch Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt, als sie auf der Beratung ihrer Dringlichkeitsanträge bestand. Das „System Seevering“ wird immer toller!

Beschlüsse des Ältestenrats des Reichstages

Ul. Berlin, 2. Dezember. Im Ältestenrat des Reichstages beschloß man am Montag, die bereits auf der Tagesordnung des Reichstages stehenden Gegenstände am Dienstag weiter zu beraten

Rückdigung des Lohntarifs im Bergbau Waldenburg beschlossen

Schandvereinbarung über Manteltarif auf Anraten der Gewerkschaftsbürokraten angenommen — Opposition stellt Lohnforderungen und fordert Siebenstundenschicht

Waldenburg, 3. Dezember. Am Sonntag, dem 1. Dezember, fand für das niederschlesische Kohlenrevier eine Revierkonferenz der am Tarif beteiligten Organisationen statt. Es wurde der Bericht von den bisherigen Verhandlungen über den Neuaufschluß des Manteltarifs gegeben. Die meisten von der Revierkonferenz auf Vorschlag der Opposition aufgestellten Forderungen sind von den Unternehmern abgelehnt worden. Trotzdem empfahlen die Gewerkschaftsbürokraten die Annahme der Vereinbarung. Zur Begründung wiesen sie auf die „Verbesserungen“ hin, die im folgenden bestehen sollen: 12 Tage Ferien gibt es „bereits“ nach 15 Jahren Beschäftigung, und nicht nach 20 Jahren wie bisher. 11 Tage Ferien gibt es „schon“ nach 10 Jahren Beschäftigung. Die Jugendlichen erhalten einen Tag mehr Ferien. Auch der in Kündigung befindliche Arbeiter hat Anspruch auf Ferien. Zur Erlangung des Urlaubs genügt eine mündliche Erklärung der Ursache. Eine wesentliche Verschlechterung besteht darin, daß bei Krankheit der Soziallohn erst nach vierzehn Tagen gezahlt wird, früher wurde er ab ersten Tag gewährt.

Trotzdem also die Bergarbeiterforderungen unerfüllt geblieben sind und die Vereinbarung neben einigen unwesentlichen Verbesserungen große Verschlechterungen vorsieht, empfahlen die Gewerkschaftsbürokraten die An-

nahme, und die Mehrzahl der Funktionäre entsprach diesem Wunsche und stimmte für Annahme. Die Rückdigung des Lohntarifs wurde einstimmig beschlossen. Die revolutionäre Opposition schlug vor, als Forderung, 7,50 Hauermindestlohn zu verlangen. Die Gewerkschaftsbürokraten waren jedoch der Ansicht, daß der Kumpel auch mit 2-3 Pfennig zufrieden sein muß. Sie traten gegen die Vorschläge der Opposition auf, und die Mehrzahl der verurteilten Funktionäre tanzte nach ihrem Wunsche.

Neue Enthüllungen im Sklarek-Ausbruch

Berlin um 10,5 Millionen Mark geschädigt (Fig. Ver.) Berlin, 3. Dezember. Gestern nachmittag machte im Sklarek-Ausbruch der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weisenberg sensationelle Mitteilungen über den Umfang der Sklarek'schen Schwindelaktionen und Verbrechen. Die Sklarek'schen Verbrechen erstrecken sich auf einen Zeitraum von mehreren Jahren. Wie nunmehr feststeht, durch die Sklarek's um 10,5 Millionen Mark geschädigt worden. Schwer belastet wurden durch das Material, das Dr. Weisenberg vortrug, der Stadtrat Kohl, der Sozialdemokrat Schneider und der Geschäftsführer Schallbach. Wir werden morgen über die Sitzung ausführlich berichten.

Zusammenstöße in Innsbruck

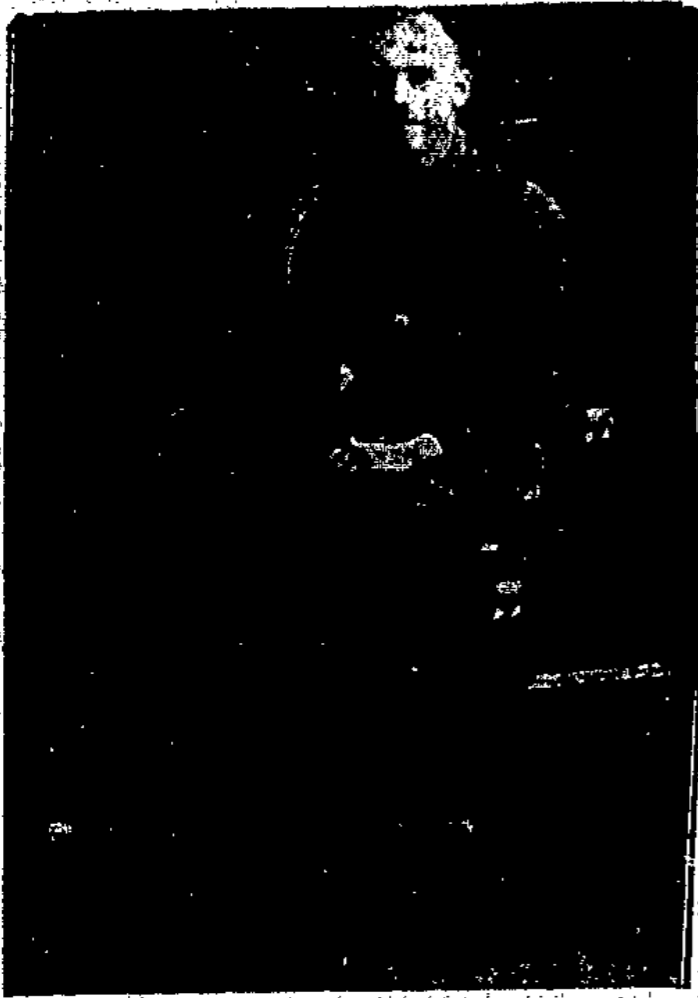
Ul. Innsbruck, 2. Dezember. In den letzten drei Nächten kam es in Innsbruck zu Zusammenstößen zwischen freireligiösen und katholischen Hochschülern, die insbesondere am Sonnabend und Sonntag ernststen Charakter annahmen. Auf beiden Seiten gab es Verletzte, darunter waren auch Schwerverletzte. In der Nacht zum Montag hatten sich die freireligiösen Studenten gesammelt und zogen gegen das Haus einer katholischen Verbindung, wo aber bereits ein großes Aufgebot von Polizeibeamten zusammengezogen war. Darauf zogen die freireligiösen Studenten vor die Universität. Dort fand eine Besprechung statt, in der ein energisches Vorgehen gegen die katholische Studentenenschaft beschlossen wurde. Gegen 3 Uhr früh zogen die freireligiösen Studenten in einem großen Zuge wieder in das Innere der Stadt.

Rückdigung des Lohntarifs im Bergbau Waldenburg beschlossen

Schandvereinbarung über Manteltarif auf Anraten der Gewerkschaftsbürokraten angenommen — Opposition stellt Lohnforderungen und fordert Siebenstundenschicht

Waldenburg, 3. Dezember. Am Sonntag, dem 1. Dezember, fand für das niederschlesische Kohlenrevier eine Revierkonferenz der am Tarif beteiligten Organisationen statt. Es wurde der Bericht von den bisherigen Verhandlungen über den Neuaufschluß des Manteltarifs gegeben. Die meisten von der Revierkonferenz auf Vorschlag der Opposition aufgestellten Forderungen sind von den Unternehmern abgelehnt worden. Trotzdem empfahlen die Gewerkschaftsbürokraten die Annahme der Vereinbarung. Zur Begründung wiesen sie auf die „Verbesserungen“ hin, die im folgenden bestehen sollen: 12 Tage Ferien gibt es „bereits“ nach 15 Jahren Beschäftigung, und nicht nach 20 Jahren wie bisher. 11 Tage Ferien gibt es „schon“ nach 10 Jahren Beschäftigung. Die Jugendlichen erhalten einen Tag mehr Ferien. Auch der in Kündigung befindliche Arbeiter hat Anspruch auf Ferien. Zur Erlangung des Urlaubs genügt eine mündliche Erklärung der Ursache. Eine wesentliche Verschlechterung besteht darin, daß bei Krankheit der Soziallohn erst nach vierzehn Tagen gezahlt wird, früher wurde er ab ersten Tag gewährt.

Trotzdem also die Bergarbeiterforderungen unerfüllt geblieben sind und die Vereinbarung neben einigen unwesentlichen Verbesserungen große Verschlechterungen vorsieht, empfahlen die Gewerkschaftsbürokraten die An-



Die Justizpressestelle schreibt: „Die abgebildete Person ist der im Sommer 1921 in Wageningen bei Neustadt O.S. erschossene Selbstschußmann Friedrich (Fritz) Köhler, auch von der Lanke genannt, geboren am 9. April 1889 zu Linden bei Hannover, Größe 1,90 Meter, kräftig, blond. Personen, die mit ihm zusammen beim Selbstschuß gedient haben und ihn näher kennen, werden gebeten, sich schriftlich an den Untersuchungsrichter beim Landgericht in Reife zu wenden und sich über ihr Wissen zu äußern.“

Vorbereitung der Verhandlungen über die Ostbahn

Moskau, 2. Dezember. Der diplomatische Kommissar von Tscharbin, Tsai, traf in Begleitung eines Mitgliedes der Verwaltung der Ostbahn, Sischajew, auf der Grenzstation Gradelowo ein, und reiste dann nach Nikolsk Ussurijsk weiter, um mit dem Vertreter des Außenkommissariats der Sowjetunion, Simanowski, zusammenzutreffen. Tsai erklärte, da Tschanghjueliang sämtliche Vorschläge der Sowjetregierung annimmt, sei er entsandt worden.

Berrüttung in der Mandschurei

Tschi, 2. Dezember. Aus Tscharbin wird von Ausschreitungen und Meutereien der chinesischen Truppen an der Westlinie der Ostchinesischen Eisenbahn gemeldet, die gefährliche Ausmaße annehmen. Tausende von Bewohnern ziehen, vielfach zu Fuß, nach Tscharbin. Die Besitzenden sind völlig machtlos, die Meuterei zu liquidieren. Banditen rauben zahllose Ansiedlungen. Viele Einwohner werden als „Rote“ erschossen. Alle Züge nach Tscharbin sind überfüllt.

Sklarek-Kohl aus Köpenick

Immer noch Mitglied der SPD!

Während noch vor den Wahlen der SPD-Parteivorstand Stein und Wein geschworen hatte, daß die durch die „Rote Fahne“ angegriffenen Sklarek-Komplizen Drolat, Schünning, Kohl und Co. vollendete „Ehrenmänner“ sind, stellt sich nach den Wahlen heraus, daß die Angriffe der „Rote Fahne“ nicht nur berechtigt waren, sondern durch die Tatsachen übertrumpft werden. Schünning mußte unter dem Druck der Berliner Arbeiterschaft fallen gelassen werden. Drolat darf sein Mandat nicht annehmen, und der Hungermeister Kohl aus Köpenick spielt zurzeit den „höllischen Zukunftspropheten“. Kohl hat auch alle Ursache. Die Feststellung der „Rote Fahne“, daß der Kohl seine Villa von den Sklarek-Finanziers bekommen hat für die Begünstigung der unfaulsten Sklarek-Geschäfte, wird nicht mehr bestritten. Sinto kommt, daß bereits einwandfrei festgestellt ist, daß Kohl von den Sklareks einen Gewinn in Höhe von circa 10 000 Mark jährlich zugestekt be-

kommen hat. Der Untersuchungskommissar Lapojki glaubt vielleicht, den Sklarek-Scandal in der Verurteilung verschwinden lassen zu können. Herr Lapojki wird sich gewaltig irren. Die Untersuchung durch den proletarischen Untersuchungsausschuß geht weiter.

Wir stellen neuerdings fest, daß die Sklareks auch bei der Steuerbehörde mit Erfolg Bestechungsversuche vorgenommen haben. Die Sklareks haben nämlich bei ihrem zuständigen Finanzamt Berlin-Mitte für das Jahr 1928 nur einen Gesamtumsatz von 1,8 Millionen Mark angegeben, während ihr wirklicher Umsatz mindestens dreimal so groß gewesen sein dürfte. Der Kontrollbeamte des Finanzamtes hat dafür, daß er die Bücher der Firma Sklarek „in Ordnung“ befand, monatlich eine „Entschädigung“ von 400 Mark durch die Sklareks erhalten. Wie weit die Gebrüder Sklarek ihren Bestechungsbetrieb auch auf Wohnungsbau bei der Stadt Berlin ausgedehnt haben, werden die nächsten Tage ergeben.

In der schwarzrotgoldenen Freiheit

Die Besatzungsstruppen haben die zweite Rheinlandzone verlassen, die Besatzungsordnungen aufgehoben. Der schwarzrotgoldene „Befreiungs“-Rummel verklingt — die ellenlangen Vektartikel der Rheinlandpresse gehen dem Weg alles Irdischen, die Freudenfeuer sind verloschen, das „Großer Gott, dich loben wir“ verstummt. Die zweite Rheinlandzone ist frei — so frei, wie man eben in der schwarzrotgoldenen Republik frei sein kann. Sind die Arbeiter der zweiten Zone freier geworden? Werden die Arbeiter der dritten Zone freier werden, wenn die Annahme des Young-Planes den Anlaß für einen neuen nationalistischen „Befreiungs“-Rummel geben wird? Denn die Frage, auf die es jedem Klassenbewußten Arbeiter ankommt, ist nicht die nach den Uniformen, die die bewaffneten Verteidiger des Kapitals tragen — es ist die nach dem Bestehen der kapitalistischen Ausbeutung. Sind die Löhne in der zweiten Rheinlandzone gestiegen, sind die Lebensmittelpreise gesunken, ist die Arbeitszeit kürzer geworden? Ist am Montag das Fließband in den rheinischen Betrieben langsamer gelaufen als eine Woche vorher — und besteht irgendwelche Aussicht, daß es im Gefolge der Rheinräumung in Zukunft langsamer laufen wird? Das sind die Fragen, die die rheinischen Arbeiter interessieren und auf die jeder denkende Prolet seine Antwort zu geben weiß. Die „Befreiungsstaten“ des deutschen Imperialismus helfen den deutschen Proleten verzweifelt wenig — mögen das Kapital und seine Agenten sie feiern, wie es sich gehört — wir haben keinen Anlaß zum Jubel.

Der rheinische Wunschzettel des deutschen Imperialismus ist nicht erfüllt. Die Abendausgabe der „Germania“ vom 30. November wirft eine ganze Reihe von Fragen auf, ohne deren befriedigende Erhellung die deutsche Bourgeoisie das Rheinland als nicht völlig „befreit“ ansieht — abgesehen von der noch ausstehenden Räumung der dritten Zone. Gefordert wird neben der Erhellung der Nachfrage im Sinne der vorbehaltlosen Rückgabe an Deutschland auch die Rückgabe der feineren an Belgien abgetretenen Bezirke von Eupen und Malmedy, gefordert wird, der ausdrückliche Verzicht Frankreichs auf das im Versailler Vertrag vorgesehene Recht zur Wiederbesetzung deutschen Gebiets bei Nichterfüllung von Vertragsbestimmungen durch Deutschland, gefordert wird vor allem die Aufhebung der Entmilitarisierungsbestimmungen für das Rheinland. Die deutsche Bourgeoisie will im Rheinland ungestört die imperialistischen Rüstungen durchführen können — sie hofft, sich darüber mit dem französischen Imperialismus verständigen zu können. Denn gegen den „inneren Feind“, die kämpfende Arbeiterklasse, hat schon Lutetia im Jahre 1923 die Truppen des „Erzfeindes“ zu Hilfe gerufen, und der äußere Feind, gegen den es zu rüsten gilt, ist auch der Feind des französischen Kapitals, der Sowjetunion. Die französischen Truppen, die aus Koblenz abmarschieren, können sehr leicht zurückkehren — auf den Ruf jener, die heute ihren Abzug feiern: Sei es als Hilfstruppen zur Niederschlagung einer deutschen Revolution, sei es auf dem Durchmarsche an die Front eines internationalen Antisowjetkrieges.

Während die schwarzrotgoldenen Schwindler den „Frieden“ und die „Völkerbrüderung“ feiern, rüsten sie zum imperialistischen Kriege. Wir feiern nicht mit ihnen — wir verachten ihr Treiben. Wir rüsten auch — für die proletarische Revolution!

Bergbauernkonferenz in Mitteldeutschland

Halle, 3. Dezember. Nach einem Referat des berichtigten Sozialfachmann Schmidt-Buchum, des 2. Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, wurde auf einer Konferenz zu dem neuen Schiedsspruch im Braunkohlenbergbau eine Entschließung angenommen, in

der die in Halle tagende Funktionärerversammlung den Schiedsspruch ablehnt. Da diese „Ablehnung“ nichts weiter als ein Täuschungsmanöver für die Braunkohlenarbeiter ist, zeigt der weitere Inhalt der Entschließung, in der die Konferenz die von den Gewerkschaften führende eingeschlagene Taktik billigt. Eine Einreichung der Forderungen wurde nicht beschlossen, eine neue Funktionärerversammlung nicht angesetzt. Ohne Zweifel werden die Sozialfaschisten versuchen, die Bewegung durch eine Verbindlichkeitsklärung abzuwürgen. Nur der entschiedene Widerstand gegen diese „Taktik“ der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, der Kampf gegen die Verbindlichkeitsklärung, gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer wird den Braunkohlenarbeitern die Möglichkeit geben, die bessere Löhne zu erkämpfen.

Schandvereinbarung in der Schuhindustrie

Berlin, 3. Dezember. Bei den Verhandlungen im Lohnstreik der Schuhindustrie kam eine Vereinbarung zustande, wonach sich die Parteien einem vom Vorsitzenden, Regierungsrat Dr. Döberlein zu stellenden endgültigen und alle Parteien bindenden Schiedsspruch unterwerfen. Dieser Schiedsspruch läßt die Bestimmungen des Schiedsspruches vom 20. November unangetastet. Lediglich der Mindeststundenlohn des männlichen Arbeiters über 21 Jahre in Ortsklasse 1 ab 2. Dezember wird auf 92 Pfg. und ab 31. März 1930 auf 95 Pfg. festgesetzt.

Schuharbeiter, hinweg mit der Schandvereinbarung! Organisiert unter Führung von im Betrieb gewählten Kampfleitungen den Kampf für eure Forderungen!

Frauenmord in Dortmund

Dortmund, 2. Dezember. In der Nacht zu Montag, kurz nach 8 Uhr, wurde die Ehefrau Martha Kiefer mit durchschnittenen Kehle auf der Straße aufgefunden. Nachdem die Mordkommission den Tatbestand ausgemittelt hatte, wurde die Leiche dem Leichenschauhaus zugeführt. Es kann als feststehend betrachtet werden, daß als Täter nur der 40-jährige, in Duisburg geborene frühere Anstreicher Hugo Kneffel in Frage kommt. Er hat bis zum 28. November d. J. in Duisburg gewohnt und war dann nach Bremen abgemeldet. Kneffel unterhielt seit Jahren enge Beziehungen zu Frau Kiefer und war oft in Dortmund. Es ist erwiesen, daß Kneffel sich in der Nacht zum 23. November in seiner früheren Wohnung mit einer Frau aufhalten hat, auf die die Beschreibung der Ermordeten zutrifft. Bereits vor drei bis vier Jahren hat Kneffel der Frau Kiefer während eines Streites einen Messerstoß versetzt. Frau Kiefer soll in der letzten Zeit die Absicht geäußert haben, sich von Kneffel loszusagen. Aus Wut hierüber, und wahrscheinlich auch wegen nicht befriedigter Geldforderungen, scheint Kneffel die Tat begangen zu haben. Die Mordwaffe ist ein 20 Zentimeter langes Küchenmesser oder Schustermesser.

Neues Hauseinsturzungsunglück in Frankreich

Paris, 2. Dezember. Ein Hauseinsturz, der an den von Marseille erinnert, ereignete sich in der Nacht zum Montag in einem kleinen Ort in der Nähe von Montpellier. Dort wohnte in einem alten, haufälligen Haus ein Ehepaar. In der Nacht, als es schlief, kroch das Gebäude in allen Fugen und stürzte unter großem Getöse zusammen. Die ganze Nacht hindurch hörte man das Wimmern und die Hilferufe der beiden Verschütteten, ohne daß es gelang, sie zu ihnen vorzubringen. Erst am Morgen konnten die Berunglückten geborgen werden. Die Frau war bereits tot, während der Ehemann kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb. Die Aufräumungsarbeiten an der Trümmerstätte in Marseille sind auf Anordnung der Behörden vorläufig eingestellt worden, da die Rettungsmannschaften Gefahr laufen, von der Mauer des Nachbargebäudes erschlagen zu werden. Eine Leiche soll noch unter den Trümmern liegen.

Major Franco gemäßigert

Madrid, 2. Dezember. Der bekannte Flieger, Major Franco, wurde am Montag ohne Gehalt zur Disposition gestellt, weil er in einem von der Regierung beschlagnahmten Buch heftige Angriffe gegen seine Vorgesetzten gerichtet hat.

„Der stille Don“

Kosakenroman von Michael Scholochow

Pietro, das Gesicht verblüht, hielt die von dem Geschrei erregten Pferde fest am Zügel.
„Hättest mich jetzt leicht erschlagen können, du Schweinehund!“
„Das wollte ich auch!“
„Dummkopf, toller Hund. Bist ganz Vaters Rasse... ein verfluchter, echter Tschertesse!“
Grigorij zog die Hengabel aus der Erde und schritt wieder hinter der Mähmaschine her.
Pietro rief ihn mit einer Handbewegung zu sich.
„Komme mal her. Gib die Hengabel.“
Er verließ Grigorij mit dem Stiel der Hengabel einen unerwarteten Schlag auf den Rücken.
„Mit dem Zugriemen hättest du eins bekommen sollen!“ sagte Pietro, und sah Grigorij an, der rasch zur Seite sprang.
Einen Augenblick später zündelten sie sich Zigaretten an, schauten einander in die Augen und lachten auf.
Grigorij's Frau, die in ihrem Wagen vorbeifuhr, sah gerade, wie Grigorij mit der Hengabel auf Pietro losging. Sie erhob sich von ihrem Sitz, stellte sich auf die unter ihr wandelnden Koggen-garden, doch es gelang ihr nicht, zu sehen, was eigentlich auf Meljchows Feld vorging. Die Pferde und die Mähmaschine verdeckten alles. Kaum hatte sie die Dorfstraße erreicht, schrie sie schon der Nachbarin zu:
„Klimowowna! Komm mal rasch zu Pantelej, dem Türken, und sag ihm, seine Durtschen schlagen sich neben dem Talarischen Grabhügel halbtot... sie raufen... mit Hengabeln... Grigorij, der Draufgänger, küßt Pietro mit der Hengabel in die Rippen... und Pietro haut auf ihn mit einer anderen ein... Was da Blut geflossen ist... fürchterlich!“
Pietro, vom lauten Antreiben der sich langweilenden Pferde hochheiser geworden, piffte laut. Grigorij, die verstaubten Stiefel gegen den vorderen Teil des Wagens gestemmt, war die Erdklumpen hinunter, die, von den Flügeln der Mähmaschine aufgewühlt, den Sitz bedeckten. Die Pferde, von Drosseln bis aufs Blut gerissen, schlugen

mit den Schweifen um sich und zogen faul am Strangriemen.
Auf der Steppe wimmelten bis zum blauen Streifen des Horizonts Menschen. Die Schneiden der Mähmaschine zirpten und Urrten. Die Felber waren mit dichten Haufen des eben abgemähten Getreides besät. Auf den Hügel pfliffen Murmeltiere, die Schreie der Pferdeantreiber nachahmen, schrill.
„Noch zwei Reihen, dann rauchen wir ein wenig...“ überführte Pietro das Klirren der Schneiden und das Pfeifen der Flügel der Mähmaschine, und sah sich nach Grigorij um. Grigorij nickte mit dem Kopf. Seine vom Wind ausgetrockneten Rippen öffneten sich nur schwer. Er packte die Hengabel tief unten, um die schweren Haufen des abgemähten Getreides besser fassen zu können, und leuchtete laut. Die vom Schweiß feuchte Brust juckte. Und auch unter dem Hut flossen bittere Schweißtropfen hervor, flossen in die Augen, brannten wie Seife. Die Brüder hielten die Pferde an, tranken einen Schluck und rauchten.
„Auf der Landstraße reitet jemand“, sagte Pietro, und schaute, die Augen mit der Hand schützend, in die Ferne.
Grigorij sah ebenfalls hin, hob erkannt die Brauen.
„Ist das wirklich der Vater?“
„Bist du ganz verrückt? Wie kann er denn reiten, die Pferde sind doch hier, vor die Mähmaschine gesponnt...“
„Er ist...“
„Du irrst, Grigorij!“
„Bei Gott, er ist!“
Einen Augenblick sah man deutlich das galoppierende Pferd und den Reiter.
„Der Vater...“ — erschrocken und erkannt stampfte Pietro auf seinem Fied herum.
„Wahrscheinlich ist zu Hause was geschehen...“ sagte Grigorij. Pantelej Prokofjewitsch hielt das Pferd an und ließ es dann im Trab weiterlaufen.
„Ich schla-a-a-ag auch tot... Schweinehund ihr!...“ schrie er schon vor ferne und suchte mit einer Leberpeitsche über dem Kopf herum.
„Was hat er?“ Pietro's Stannen wuchs, er redete den weichenblonden Schaurbart bis zur Hälfte in den Mund.
„Reiß dich hinter die Mähmaschine! Sonst kriegt du's mit der Peitsche... bis wir erfahren, was los ist, haut er uns wandelweisch...“ sagte Grigorij lachend und trat für jeden Fall hinter die Mähmaschine.
Das schaumbedeckte Pferd trabte über die Steppe, Pantelej

Prokofjewitsch schlenkerte mit den Weinen (er ritt ohne Sattel) und drohte wütend mit der Peitsche.
„Was treibt ihr hier, ihr Teufelsbrut?...“
„Wir mähen...“ Pietro machte eine abwehrende Handbewegung und sah ängstlich die Peitsche an.
„Wer geht auf wen mit der Hengabel los? Weshalb habt ihr euch getraut?...“
Den Rücken dem Vater zugekehrt, zählte Grigorij kühn über die über den Himmel verstreuten Wolken.
„Was ist los? Mit welchen Hengabeln? Wer hat begonnen?“
Pietro sah erschrocken blinzeln den Vater an und trat von einem Bein auf das andere.
„Sie kommt, der Teufel soll sie holen, und brüllt: „Deine Durtschen haue mit Hengabeln einander halbtot.“ — Was soll das?“
Pantelej Prokofjewitsch schüttelte voller Wut den Kopf, ließ die Flügel los, und sprang von dem schwer schnaufenden Pferde herunter.
„Ich habe mir bei Fedja Semifilkin ein Pferd geborgt und bin hergaloppiert. Was ist also los?“
„Was hat man dir erzählt?... Wer?...“
„Ein Frauenzimmer!“
„Sie lügt, Vater! Hat wohl im Wagen geschlafen oder geträumt.“
„Ein Frauenzimmer!“ schrie Pantelej Prokofjewitsch kreischend. Schaum triefte auf seinen Bart. „Die Klimowowna, die Gure... Herr Gott!... Ich erschlag sie, die Hündin...!“ Er stampfte mit den Füßen und hinkte stärker als gewöhnlich.
Grigorij schüttelte sich vor verhaltenem Lachen, sah auf die Erde. Pietro ließ keinen Blick vom Vater, fröhlich über das schweißbedeckte Gesicht.
Pantelej Prokofjewitsch hüpfte noch eine Weile umher, verstummte dann. Er setzte sich auf die Mähmaschine, mähte einige Reihen ab, und schwang sich dann fluchend auf das Pferd. Ritt auf die Dorfstraße, holte zwei mit Getreide beladene Wagen ein, und galoppierte. Staub aufwirbelnd, dem Dorf zu. Auf der Erde blieb die vergessene, dichtgeflochtene Peitsche mit den eleganten Fransen liegen. Pietro hob sie auf, sah sie von allen Seiten an, schüttelte den Kopf und sagte zu Grigorij:
„Schön hätten wir's gekriegt! Das ist keine gewöhnliche Peitsche! Das ist ein Mordinstrument! Damit kann man einem den Kopf einschlagen.“ (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Walter Lohmann, Berlin, Wilmersdorf, Wilmersdorfer Straße 10. Druck: für Oberbischöfen Gerhard Schulz, Mainz.

Wie es in Italien aussieht

Faschistische Löhne

Mussolini senkte die Reallöhne um 20 bis 40 Prozent — Löhne weit unter dem Existenzminimum

Das kürzlich erschienene italienische Statistische Jahrbuch, also eine einwandfreie faschistische Quelle, brachte Zahlen über die zurzeit in Italien üblichen Löhne. Sie werden im folgenden wiedergegeben, wobei sie zwecks leichterer Vergleichsmöglichkeit für den deutschen Leser auf deutsche Währung (1 Lira gleich 22 Pfennige) umgerechnet wurden. Gleichzeitig wurde der Rückgang der Reallöhne unter dem faschistischen Regime berechnet, und wird hier als bloßes Endergebnis bekanntgegeben. Man erhält folgendes Bild:

Metallindustrie: Die Metallarbeiter nehmen im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen lohnmäßig eine bevorzugte Stellung ein (die Metallindustrie arbeitet enorm für die Kriegsmaterialfabrikation), was man sich vor Augen halten muß. September 1928 stellte sich der Lohndurchschnitt auf 5,59 Mark pro Tag, der Rückgang des Reallohnes unter dem faschistischen Regime beträgt immer noch über 20 Prozent.

Automobilindustrie: Sie gehört ebenfalls zu den bevorzugten Industrien. 5,99 Mark Tageslohn, Rückgang des Reallohnes unter Mussolini um rund 18 Prozent.

Schiffbau: September 1928 durchschnittlicher Tageslohn 4,83 Mark, Rückgang des Reallohnes etwa 30 bis 40 Prozent.

Eisenbahnmaterialeindustrie: 4,58 Mark durchschnittlicher Tageslohn, Rückgang des Reallohnes um etwa 30 Prozent. **Baugewerbe:** 4,05 Mark Durchschnittslohn pro Tag, Rückgang des Reallohnes um 32 Prozent.

Zementindustrie: Im Jahre 1921 (vor der faschistischen Diktatur) wurde für ungelernete Arbeiter ein Durchschnittslohn gezahlt, der heute dem Wert von etwa 4,40 Mark pro Tag entspricht, für gelernte Arbeiter 6,80 Mark. Im September 1928 war der allgemeine Durchschnitt (gelernte und ungelernete Arbeiter) 4,05 Mark pro Tag; der Reallohn ist also außerordentlich zurückgegangen.

Der Durchschnittslohn von heute liegt unter jenem des ungelerneten Arbeiters im Jahre 1921.

Textilindustrie: Durchschnittslohn des Wollarbeiters 3,26 Mark pro Tag, Rückgang des Reallohnes unter faschistischer Herrschaft um 13,5 Prozent; der Baumwollarbeiter verdient im Durchschnitt nur 2,82 Mark pro Tag, die italienischen Hitler-Göbbels haben seinen Reallohn um ganze 31 Prozent gesenkt.

Selbst die bestbezahlten Arbeiter erreichen nach faschistischen Angaben nicht einmal das notwendige Existenzminimum. Laut faschistischer Statistik beträgt das wöchentliche Existenzminimum in Mailand für eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Vater, Mutter und drei Kindern, 44,71 Mark, was sehr niedrig angegeben ist. Die Stadt Turin beispielsweise setzt das wöchentliche Existenzminimum für dieselbe fünfköpfige Familie mit 272,10 Lire oder 59,86 Mark an. Aus denselben Angaben führen wir nun die Wochenlöhne einiger Arbeitergruppen der Metallarbeiterbranche in Mailand an, wo die höchsten Löhne gezahlt werden: Februar 1928 betrug der

Wochenlohn für Monteure 29,10 ML, für Former 31,68 ML, für Dreher 29,68 ML, für ungelernete Arbeiter 20,59 ML.

Man braucht nur diese Wochenlöhne mit dem offiziell errechneten Existenzminimum zu vergleichen, und man erhält eine Vorstellung von der Lage der Arbeiter unter faschistischer Herrschaft. Die Löhne all dieser Gruppen liegen weit unter dem Existenzminimum.

Dabei handelt es sich um Löhne von Arbeitern der Spitzengruppen. Die erdrückende Mehrheit der Arbeiter verdient aber pro Woche selbst nach faschistischen Statistiken im Durchschnitt nur 120 Lire oder 26,40 Mark. Wenn man noch die faschistischen Angaben mit den Statistiken der Industrie vergleicht, so kann man feststellen, daß die von ihnen angegebenen Löhne nicht einmal der Wahrheit entsprechen. In dem „Bulletin der Stadt Turin“ ist ein Bericht veröffentlicht über „Die Resultate der statistischen Erforschung über die industrielle Aktivität“, in dem die Ergebnisse über 23 444 Firmen angegeben werden.

Die Arbeiterzahl der besagten Unternehmungen betrug Dezember 1928 rund 1,23 Millionen, die ausbezahlte Lohnsumme rund 459,8 Millionen Lire, der durchschnittliche Wochenverdienst 87,15 Lire oder 19,25 Mark. Von diesen Hungerlöhnen werden aber noch die verschiedenen Pflichtbeiträge (so drei Lire für das obligatorische Faschistenabzeichen usw.), dann die außerordentlichen Strafgebühren (eine Form willkürlichen Lohnabzuges) abgezogen.

die zusammen immer noch einen beträchtlichen Teil des Wochenverdienstes ausmachen.

Elend und Hunger hat der Faschismus der werktätigen Bevölkerung gebracht, mächtige Polizeiapparate, grausame Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung sind die Mittel, mit denen ihr der Faschismus sein blutiges Regime aufzwingt.

Plenarsitzung des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften

Moskau, 2. Dezember. Die Plenarsitzung des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften wurde gestern geschlossen. Die Kontrollziffern der industriellen Produktion für das Jahr 1928/30 wurden vom Gesichtspunkt der neuen Aufgaben der Gewerkschaften überprüft. Das Plenum hat die Losung „Das Gesicht dem Betriebe zu“ aufgestellt, woraus ersichtlich ist, daß die Gewerkschaften die Fragen der Rekonstruktion der Industrie in Angriff nehmen und sich das rasche Tempo des sozialistischen Aufbaues zu eigen machen. Das Plenum faßte eine Reihe von Beschlüssen über die Umänderung der Struktur und der Arbeitsmethoden der Gewerkschaftsorganisationen in der Richtung auf weitergehende Erfassung der Massen und Verbesserung der Arbeit unter der breiten Mitgliedschaft. Weiter beschloß das Plenum, 25 000 qualifizierte Arbeiter in die Kollektivwirtschaften zu entsenden und 25 000 Arbeiter zur Sowjet- und Wirtschaftsarbeit heranzuziehen. Einige Tausend Arbeiter werden in die Hochschulen gehen.

Königschloß wird Komödienthaus



Der englische König hat dieses Schloß zur Aufführung der nächsten Konfessionskomödie, betitelt „Stollenadler“, zur Verfügung gestellt.

Sprunghaftes Steigen der Getreidepreise

Die Buchermassnahmen in der Koalitionregierung beginnen, sich auszuwirken. Vom 15. bis zum 28. November sind die Großhandelspreise für Weizen von 225 Mark auf 246 Mark je Tonne oder um rund 10 Prozent gestiegen, die Roggenpreise gar von 164 Mark auf 181 Mark oder um über 10 Prozent. Die Preise für Weizenmehl und Roggenmehl haben sich in ähnlichem Verhältnis erhöht. Eine neue Brotsteuerung steht bevor. Wo werden die Lohnerhöhungen?

Massenanklage gegen revolutionäre Arbeiter

Prag, 1. Dezember. Nachdem das Wahlgericht das Mandat des Genossen Garus, der einige Jahre im Kerker verbringen soll, nicht anerkannte, haben die Arbeiter der Jaderfabrik in Boroble eine Protestresolution angenommen und an die Regierung weitergeleitet, in der sie gegen die Einferkung des Genossen Garus und der übrigen politischen Häftlinge protestieren. Die Staatsanwaltschaft hat nun wegen dieses Protestes 49 Arbeiter unter Anklage gestellt.

Klassengericht schützt Reich

Berlin, 2. Dezember. In dem Prozeß, den der Streikbruchorganisator Ulrich gegen den verantwortlichen Reaktor der „Roten Fahne“, Genossen Norden, angestrengt hatte, wurde das Urteil gefällt. Genosse Norden wurde zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Es versteht sich, daß das Klassengericht den wertvollen Kämpfer gegen die Kommunisten, Ulrich, nicht preisgeben wollte und konnte. Aber trotzdem ist die Urteilsbegründung für den sozialdemokratischen Ankläger geradezu vernichtend. Heißt es hoch ausdrücklich, daß der Beweismittel für die von der „Roten Fahne“ behaupteten Bestechungsversuche des Ulrich gegenüber Kommunisten sowie seine Anbiederung an die Deutschnationalen, um Bürgermeister im Bedding zu werden, nicht voll erbracht sei. Zu einem Teil sieht also auch das bürgerliche Gericht den Beweis für erbracht an. Und es schließt sein Urteil wörtlich: „Ulrichs Verhalten widerspricht den Anschauungen von politischem Takt.“

Wer raucht RARITÄT?

Jeder, der ein wirklicher Kenner guter Cigaretten ist.

Allerdings: RARITÄT kostet nur aber wer wird sich am Preise stoßen, bloß weil er niedrig ist?



RARITÄT ist jetzt besser denn je und jeder sollte sie einmal probieren, auch wenn er für Cigaretten sonst mehr anlegt.

Aber achten Sie darauf: wir reden von der neuen RARITÄT. Das ist die mit der „Doppeleule“ als Warenzeichen. Sie ist im Geschmack besonders milde, ihr Papier ist dünn - das bekannte Halpaus-Spezialpapier - und die Packung hübsch und ansprechend.

Jetzt kann man 4-Pfg.-Cigaretten rauchen, auch wenn man sehr hohe Ansprüche stellt. Man wählt eben

HALPAUS-RARITÄT Sie bleibt die Cigarette des Schlesiers

ECKSTEIN HALPAUS CIGARETTENFABRIK G. M. B. H. DRESDEN-BRESLAU



Dies ist die DOPPELEULE, das Echtheitszeichen für die neue verbesserte Cigarette.

Oberschlesien

6300 Erwerbslose mehr

Nach dem Bericht des Arbeitsamtes ist die Zahl der Arbeitslosen von 41.355 am 27. 6. 1929 gesunken. Die Zahl der Hauptunterstützungsbefugten in der Versicherung liegt von 23.177 auf 26.600, in der Reihe von 1929 auf 2004.

Gleiwitz

Erfolgreiche Mierteile für den Monat Dezember

Der städtische Presselektur Gleiwitz teilt uns mit: Die gestrige Mierteile sind auf Grund der Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 26. März 1929 für den Monat Dezember 1929 gegen den Vormonat November 1929 unverändert. Es sind sonach für den Monat Dezember 1929 zu erheben: 116 Prozent der Friedensmiete, sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen ausführt, 120 Prozent der Friedensmiete, sofern der Vermieter die Schönheitsreparaturen ausführt. Daneben ist umlagfähig: der 100 vom Hundert übersteigende Betrag des kommunalen Zuschlages zur Grundvermögenssteuer. Der Herr Regierungspräsident in Oppeln hat am 15. November 1929 genehmigt, daß in der Stadt Gleiwitz im Rechnungsjahr 1929 ein Zuschlag von 4 Prozent zur staatlich veranlagten Grundvermögenssteuer erhoben wird. Die Vermieter sind deshalb berechtigt, vom 1. April 1929 ab 800 Prozent auf die Mieter umzulagen. Also: Mietererhöhung!

Mindenburg

Zwei „Mietervertreter“ vor Gericht

Vor dem erweiterten Schöffengericht fand vergangene Woche ein Verteidigungsprozess gegen den Vorsitzenden des Rechtshilfsverbandes der Mieter, Fodor Schlossoff, statt. 51 Zeugen traten auf. Der Ankläger lag ein Strafantrag des Vorsitzenden des Mieterhilfsvereins, Stadtverordneten Diebold, wegen Beleidigung und Verleumdung zugrunde. Schlossoff, der Sekretär des Mieterhilfsvereins war, trat wegen Differenzen aus demselben aus und zog einen Konkurrenzklagen auf. Die letzten Stadtverordnetenwahlen haben erneut bewiesen, daß beide „Mietervertreter“ kein Vertrauen bei der arbeitenden Bevölkerung haben. Wie sollte auch ein werktätiger Mieter zu einem Diebold, der einem deutschnationalen Hausbesitzer zum Stadtratmandat verhilft, Vertrauen haben? Schlossoff glaubte durch persönliche Herunterziehen des D. in der Öffentlichkeit, seinen Namen zu schützen. Man greift zu den schäblichsten Methoden, die von politischer Geistesarmut zeugen. Vor Gericht will Schl. die Äußerungen nicht gelten, sondern von anderen Personen gehört haben.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Schlossoff zu 200 Mark Geldstrafe oder 40 Tage Haft. Interessant ist, daß, entgegen der Auffassung des Staatsanwalts, das Gericht die Feststellung bei der Urteilsbegründung machte, daß für den Vorwurf „Diebold habe Gelder des Mieterhilfsvereins unterschlagen“, der Angeklagte Schlossoff den Wahrheitsbeweis geführt habe. Die Beweisaufnahme ergab, daß D. ohne Wissen des Vorstandes und der Mitgliedschaft Gelder aus der Vereinskasse zur Bezahlung eines Anwalts nahm, der ihn in einem Disziplinarverfahren wegen Weigerung verurteilt. Trotzdem verurteilte das bürgerliche Gericht Schl. Da der Staatsanwalt eine „besondere Auffassung“ über Unterschlagung hat, wird es wohl kaum zu einer Anklage gegen Diebold wegen Unterschlagung kommen.

Die Verhandlung ergab, daß im Mieterhilfsverein „nette“ Zustände in Ordnung herrschen. So wurden Rechtsanwaltskosten in einem Verfahren, das man wegen Kartoffelschiebung gegen den feinerzeitigen mieterschützlerischen Stadtrat D. h. Mann führte, gezahlt. Die werktätige Mieterschaft sollte hieraus erkennen, was für Interessenvertreter diese Leute sind. Ihre Mieterinteressen wie alle anderen Lebensfragen können und werden nur von der RPD. vertreten. Darum lehrt diesen Leuten den Rücken und hinein in die Partei der werktätigen Klasse.

Neubauwohnungen Pfarrstraße immer noch ohne Heizung

Trotzdem die städtischen Neubauwohnungen an der Pfarrstraße schon seit Oktober bezogen sind, sind sie noch nicht heizbar, und zwar deshalb, weil die Kesselanlage für die Zentralheizung noch nicht fertiggestellt ist. Und warum dieses „Meine“ Uebel? Weil man scheinbar beim Stadtbauamt noch Fertigstellung des Häuserblocks die recht unangenehme Feststellung machte, daß man auch eine Kesselanlage zum Beheizen der Wohnungen braucht.

In den kalten Stuben müssen sogar Kinder schlafen. Die Wände sind feucht und mit Schimmel bedeckt. Die Möbelstücke leiden sehr darunter. Nicht nur das, sondern vor allem die Gesundheit der Proleten. Und weil es halt Proleten sind, bewegen sich der Magistrat einen Reufel darum. Den Protest der Mieterschaft scheint man wenig zu beachten. Das Stadtbauamt wälzt die Verantwortung auf die bauausführende Firma ab. Mit Nachschreiben wegen Mierteile und Drohung mit Klagen begrüßt der Magistrat die Mieterschaft. Und all dies stellt die bürgerlich-sozialdemokratische Magistrats- und Stadtverordnetenmehrheit als „Küsterwohnungsbau“ hin. Die werktätige Mieterschaft hat hierüber ihr eigenes Urteil.

Krieg der realistischen Sozialgesetzgebung! Für eine proletarische Fürsorge unter der Verwaltung der Arbeiter und Bauern!

Darüber spricht ein Vertreter der Bundesleitung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Berlin, am Dienstag, dem 3. Dezember, um 19 Uhr, bei Roth, Paulstraße, in einer öffentlichen Versammlung. — Arbeiter, Klaffgenossen, Kriegsteilnehmer, Beschädigte, Hinterbliebene, Invalidenrentner, Unfallverletzte, Knappschäftsbewerber, Wohlfahrtsempfänger, erscheint rechtzeitig!

Beuthen

Stadt erhöht die Miete

Der Magistrat und in ihm die Leute, die vor vierzehn Tagen noch den Mund mit Wohlversprechungen voll hatten, arbeitet augenblicklich daran, ab 1. Januar die Mieten in den städtischen Wohnungen zu erhöhen. Die vor noch nicht allzu langer Zeit erhöhten Mieten sollen bis zu 15 Prozent erhöht werden.

Der Magistrat ist zwar ängstlich bemüht, erst nach Weihnachten mit diesem neuen Raubzug auf die Mieter hervorzutreten, doch er wird nicht länger damit schweigen können. Der neue Raubzug kommt. Mieter, wehrt euch schon jetzt dagegen! Kommt in Mieterversammlungen zusammen! Bildet eine geschlossene Front gegen den Raubzug des Magistrats. Wehrt euch gegen den Raubzug der Miete. Die alten Mieten sind schon nicht mehr tragbar. Die kommunistische Partei wird sich sofort für euch einsetzen. Mieter, kämpft mit!

Ratibor

Lehrerin hängt Proletenkindern Maulkorb um

Eine besondere Nummer von Pädagogin ist die Lehrerin Mischkowsky an der Dr. Proste-Schule in Neugarten. Uns wird folgender Vorfall mitgeteilt: Eine Schülerin ließ sich während des Unterrichtes von ihrer Nebenlehrerin einen Schreibstift umwerfen. In dem Moment, als sie mit der Schülerin darüber sprach, wurde von der genannten Lehrerin beim Sprechen erschrickt. Ein an sich ganz natürlicher Vorgang, der bei Aufführung von einer als Pädagogin angehenden Person entschuldigbar werden konnte. Anders aber die Meinung dieser samojedischen Lehrerin. Als Strafe für angebliches Verbotenes Sprechen wurde dieser Schülerin ein rotes Tuch um den Hals gehängt, wie dies bei hilflosen Kindern üblich ist. Damit mußte die Schülerin eine ganze Stunde lang klaffen. Auch wurde die Schülerin von der betreffenden Lehrerin mit einem Bier nicht wiederzugeben Ausdruck belegt und mit dem Fuß getreten.

Wir stellen hiermit die Anfrage an den Kreisinspektor sowie den leitenden Rektor der Dr. Proste-Schule, ob ihm bekannt ist, daß Kinder wegen solch geringfügiger Vergehen mit einem Maulkorb bestraft werden, und wer diese Dinge liefert. Dies sind Mittel und Methoden, wie man sie höchstens in Hundebucht anhalten anwendet. Wir verlangen, daß der Fall sofort untersucht und die Lehrerin zur Rechenschaft gezogen und ihres Postens enthoben wird. Da das Fräulein mit dem Maulkorb so gut umzugehen versteht, würden wir empfehlen, ihr einen Posten als Hundebesitzerin zu verschaffen. Die Arbeiterkassette wehrt sich ganz energisch gegen die Anwendung solcher „Erziehungsmethoden“ an ihren Kindern.

Mit Röntgenstrahlen verbrannt

Vor dem Großen Schöffengericht wurde vergangene Woche gegen zwei Ärzte verhandelt, von denen einer am Krankenhaus der Landesversicherungsanstalt Breslau, der andere in Leobschütz beschäftigt war. Ein Fräulein aus Schönbrunn wurde von ihnen wegen eines Magenleidens behandelt und bei einer Röntgenbestrahlung verbrannt. Die Patientin lag auf Grund dieser Verbrennung zwei Jahre im Krankenhaus Leobschütz. Die Wunde ist aber auch heute noch nicht geheilt. In einem Privatverfahren hatten sich die beiden Ärzte bereiterklärt, der Patientin 8000 Mark zu zahlen und ihre freie Behandlung zu gewähren. Die Angeklagten wurden jetzt wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Miechowitz

Bericht aus dem Betrieb der Breuchengrube

A. R. Der deutschnationale Steiger Ried von Uebertage ist ein Antreiber ersten Ranges. Vor kurzem machte ihn ein Arbeiter auf die Gefahr aufmerksam, denn mit solchen ist die Grube überfüllt. Kurze Zeit darauf war der Steiger so „liebenswürdig“, dem Arbeiter kurze Unterlage wegzubehalten. Vorige Woche wurde einem Jungarbeiter (Riesporek aus Miechowitz) der halbe Arm abgerissen. Alles ist zurückzuführen auf das Antreiberystem. Auch der fahrlässige Schaden gehört zu denen, die zuerst Förderung und dann das andere haben wollen.

Immer tiefer greift das Ausbeutungssystem seine Krallen in den Leib des Proleten, bis einmal der Geist des Klassenbewußtseins die Bahn zur Freiheit bricht.

Mikultschütz

Mikultschützer Berufsschüler im Streit

Jungarbeiter, Eltern und Arbeiter, seid solidarisch! Am Freitagnachmittag verweigerten drei Klassen der Berufsschule geschlossen den Schulunterricht. Das unzureichende Strafsystem und das Gebahren der Lehrerschaft einerseits, sowie die Schikanierung im Betrieb andererseits waren die Ursachen des Kampfes. Polizei ging brutal gegen die Schüler vor. Trotzdem fand vor der Schule die Schülerversammlung statt, an der drei Klassen mit 70 Schülern teilnahmen. Revolutionäre Schülerkreise wurden gewählt. Arbeiter und Eltern, haltet es mit den streikenden Schülern. Nur der revolutionäre Kampf wird die Forderungen Strafbetrieb, Verlegung der Berufszeit in die Arbeitszeit und Bezahlung derselben erkämpfen.

Friedland

Aus Graf Bücklers Bereich

A. R. Immer schlechter geht es den Arbeitern des Grafen Bückler. Der größte Teil seiner Arbeiter ist entlassen, obwohl Arbeit vorhanden ist. Dafür müssen die restlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mehr leisten. Die Männer werden zum Teil durch Frauen in der Arbeit ersetzt, weil diese den Grafen billiger kommen. Selbst in den Stillen zu den Föhlen werden Frauen genommen. — Auch dem Rentmeister Schottka scheint es schlecht zu gehen. Andauernd verlangt er von dem Schweizer Feisel Futter und bergl. aus dem Stalle für seinen Privatgebrauch. Da sich aber der Schweizer weigerte, für den Herrn Rentmeister zu stellen, verdächtigt jetzt die Frau Rentmeister den Schweizer als Hühnerdieb. — Die Armen müssen halt für alles leiden. Landarbeiter, wehrt euch geschloffen gegen diese Zustände. Schließt euch der kommunistischen Partei an revolutionärem Kampf an. Nicht ihr seid auf den Grafen und seine Boten angewiesen, sondern diese Leute sind auf euch Arbeiter angewiesen. Ohne die Arbeiter läme dieses Gefindel in seinem eigenen Mist um.

Kreuzburg

Landarbeiter, das Maß ist voll!

Banker, Landarbeiter sind Sklaven der Gutsherren. Selbst durch die Lärche ist die ganze Familie gezwungen, für die Großgrundbesitzer zu arbeiten. Durch Tarifabschlüsse müssen auch die Frauen vier Tage in der Woche sich zur Arbeit stellen. Da die Löhne so niedrig bemessen sind, ist die Frau gezwungen, die ganze Woche zu arbeiten. Welchem Elend die Kinder dabei ausgesetzt sind, danach fragen die Gewerkschaftsgruppen und Großgrundbesitzer nicht. Bei solchen Familien ist die Krankheit häufiger. So erkrankte auch das Kind des Arbeiters Rjewiadowski. Da die Krankheit immer ernstere wurde, mußte das Kind nach Kreuzburg in das Krankenhaus Behanien gebracht werden. Als das Kind bereits den Tod vor Augen hatte, telephonierte Behanien an den Rentmeister Rad, der Geschäftsführer des Gutes Barkau ist, daß er die Eltern darüber benachrichtige. Dieser fand es aber nicht für nötig, den Eltern Bescheid zu geben. Am nächsten Tage, als das Kind bereits gestorben war und Behanien erneut anbesanderte, benachrichtigte Rad erst, die Eltern zu benachrichtigen. Als der Arbeiter ihn fragte, warum er ihm nicht sofort die erste Nachricht überbracht habe, da er

gern das Kind noch einmal lebend angetroffen hätte, wurde er ohne weiteres von dem „seinen“ Rentmeister aus dem Büro hinausgeworfen. Dieser „Herr“ Rad ist zweiter Gemeindevorsteher auf der Liste der Rechten. Man plant, ihn als zulässigen Gemeindevorsteher vorzuschlagen. Landarbeiter, mit dem Tage, an dem ihr erkennt, daß ihr auch Menschen und keine Sklaven seid, mit dem Tage, an dem ihr euch einreißt in die Reihen der kommunistischen Partei, ist auch die Stunde des Sturzes dieser Gesellschaftsordnung nicht mehr fern.

Der deutschnationale Gemeindevorsteher

Wittenberg. Der Posten als Gemeindevorsteher scheint doch große Vorteile mit sich zu bringen, da unser Gemeindevorsteher Meister mit allen Mitteln versucht, diesen Posten weiterzubehalten. Sogar zwanzig Mark sind ihm nicht zuviel, für Schnaps auszugeben, nur damit ihn die Gemeindevorstellung wieder wählen soll. Auch versucht seine Frau sich augenblicklich beliebt zu machen, indem sie an die alten Leute Geschenke verteilt. Wie dieser Gemeindevorsteher aber seinen Mieter behandelt, denkt er, wird die Öffentlichkeit nicht erfahren. Da „Herr“ Meister annimmt, daß der Mieter seine Dose nicht gemöhrt hat, versucht er, ihm das Wohnen bei ihm unmöglich zu machen. Zum Beispiel wurde jetzt nach der Wahl der Baum um den Hof des Mieters umgepflanzt, nur um den Hof des Mieters noch kleiner zu machen. Dabei wurden auch seine Ställe kaputt geschlagen; das Gartenland, das der Mieter früher hatte, wurde ihm abgenommen und ein kleines Stück einer brachliegenden Wiese dafür zur Verfügung gestellt. Das sind die Methoden der Deutschnationalen.

Oppeln

Ausstellung „Der Mensch“

Zur Vorbereitung oben bezogener Ausstellung fanden sich am 29. November eine Anzahl Vertreter von Organisationen zusammen. Die Ausstellung soll vom 29. Dezember bis 9. Januar für die Bevölkerung und vom 9. Januar bis einschließlich 12. Januar für die Schulen stattfinden. Die Ausstellung wird mit etwa 18 Vorträgen über die Hygiene der Frau, Hautkrankheiten, Nerven, Zahnpflege usw. verbunden werden. Die entsprechenden Ausschüsse wurden in dieser Zusammenkunft gleich gewählt. Bezeichnend war es, daß ein Pädagoge es fertig brachte, zu fordern, daß ein Ausschuh gewählt werden solle, um eventuell Wiber, die Anstoß erregen könnten, auszumergen, da gelegentlich der Nudo-Woche ein Bild mit einem jähneplügenden Mädchen von sieben Jahren, dessen Gemühen an der Seite etwas herunterhing, seitens der Muder beanstandet wurde. Selbstverständlich hielt der gute Mann die Vertreterin des katholischen Frauenvereins als Zeugin für geeignet. Was müssen diese Muder für Schweine sein, wenn sie an einem Gemühen eines siebenjährigen Kindes Anstoß nehmen! Wenn auch diese Veranstaltung im Interesse der Volksgesundheit nur empfohlen werden kann, so hoffen wir, daß nicht muderische Kräfte diese Ausstellung verhandeln, denn dann wäre es besser, die Stadt läßt sich aus dem hiesigen Kloster ein paar Nonnen kommen und stellt diese aus, als daß sie eine Veranstaltung, die der Volksgesundheit dienen soll, auseinanderreißt. Es ist besser, den menschlichen Körper offen vor der Jugend zu behandeln, als es der Jugend zu überlassen, Irrwege zu gehen.

Aus der Wohnungskommission

Am vergangenen Freitag tagte wieder einmal die Wohnungskommission, um einige in letzter Zeit freigewordene Wohnungen zur Vergebung zu bringen. Ganze 16 kleinere Wohnungen kamen für die noch über 200 Wohnungsuchenden zur Verteilung. Weitere zehn noch ganz besonders dringende Fälle wurden wiederum abgewiesen.

Neuerwerbungen der Stadtbücherei. Es ist bekannt, daß die Stadtbücherei alle vier Wochen etwa 30 Neuerwerbungen zur Ansicht in der Stadtbücherei auslegt. Gegenwärtig hat die Stadtbücherei eine Buchauswahl getroffen, in der u. a. zu finden sind: Alexandra Kollontaj, „Wege der Liebe“; E. M. Remarque, „Im Westen nichts Neues“.

Ost-Oberschlesien

Lodesfahrt in die Tiefe

Auf Eminenzgrube bei Rattowitz begaben sich vier Bergleute nach beendeteter Schicht heimwärts, und benutzten, um den Weg abzukürzen, einen Förderwagen der Seilschaft. Das Seil riß jedoch, der Wagen raste die Strecke hinein und schlug gegen einen Stempel an. Er wurde getrümmert und alle vier Bergleute schwer verletzt. Zwei dürften kaum mit dem Leben davonkommen.

Stadttheater

Schweidnitz

Dienstag, 3. Dez. 8 Uhr

Die heilige Flamme

Schauspiel

von Maugham

Donnerstag, 5. Dez. 8 Uhr

Die Rolle von Stambul

Operette

von Leo Fall

Freitag, 6. Dez. 8 Uhr

Die Walzertraum

Operette v. D. Strauß

Sonntag, 8. Dez. 1/4 und 1/8 Uhr

Die Walzertraum

immer gut - immer preiswert

Berufskleidung in nur la Qualität

Berufskleidung
Arbeitsbrosen
 Herten-Sport- u. Berufs-Kleidung
Oskar Dehmel
 Breslau, Neumarkt 15

Pianos Inserate

Sprechapparate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

M 8 6 1 Schallplatten billigste Teilzahlung gestattet

Martha Schmidt Breslau, Nikolaisstr. 54

Reste in Serge, Mittel, Schwan, Aermestatter, Koffen, Gern, Kuffel, Kerseffe, Erdal alles sehr billig prima Ware

Detail und Gigros **Burh, Lippert** Breslau

Polenische 18 1/2, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Preisaußschreiben

Das Ministerium der Finanzen hat durch ein Verbot untersagt, daß irgendwelche Verträge oder Lieferungen von Waren, die in der Liste der Waren des Handelsministeriums stehen, mit einem Preis von 100 Prozent über dem Marktpreis abgeschlossen werden.

Wirk. Fischer & Co., Leipzig, Neumarkt 181

Leo Erichsens Berufung verworfen

Der in Breslau sehr bekannte Vortragshörer über Hypnose, Leo Erichsen, wurde, wie noch erinnerlich, wegen Sittlichkeitsverbrechens vom Schöffengericht Hirschberg zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Kind tödlich überfahren

Gestern, Montag, gegen 16,25 Uhr, ist auf der Mauriliusbrücke der fünfjährige Selmut Brinle, Mauriliusstraße 24 wohnhaft, von einem Lastzug der Marktwirtschaft überfahren worden.

In der „Breslauer Zeitung“ ist ein Boller explodiert

Die „Breslauer Zeitung“ schreibt gestern abend: „In Rheinbach im Rheinland hat sich bei der Befreiungsfeier ein schwerer Unfall ereignet, der zwei Todesopfer forderte.“

An die Mitglieder der Roten Hilfe West Vom Bezirksvorstand der Roten Hilfe, Freiheitsgasse 2, wird uns geschrieben: Morgen, Mittwoch, findet um 20 Uhr in den Sambrinusälen, Lange Gasse 62, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Als Leiche aus der Ober an der Rosenthaler Brücke gelandet wurde die seit dem 1. Dezember vermählte Rentnerin M. N. von der Waterloostraße. Es liegt Selbstmord vor.

Festnahme eines Wechselläufers. Heute morgen wurde in einem hiesigen Hotel der Kaufmann P. Sch. aus Erfurt auf Ersuchen der Kriminalpolizei Berlin festgenommen.

Selbstmord. Am Sonntag vergiftete sich ein 60 Jahre alter Zimmermann in seiner Wohnung auf der Langen Gasse mit Gas.

Falsche Feuermeldung. Gestern, Montag, kurz nach 2 Uhr wurde die Feuerwehr aus Unjug nach dem Melber Schießwerderplatz alarmiert.

Sehn Jahre Kommunistische Jugendinternationale

Heraus zur Massenkundgebung des Kommunistischen Jugendverbandes am Dienstag, 10. Dezember, im Zentralballsaal

Vor zehn Jahren begann eine neue Epoche der proletarischen Jugendbewegung. Revolutionäre Jungarbeiter legten den Grundstein zum Aufbau jener Kampfaders der proletarischen Jugend, die unter dem Banner der kommunistischen Jugendinternationale das Jungproletariat zum revolutionären Sturz der kapitalistischen Welt organisieren.

Die Rolle des Jungproletariats in der Produktion und Gesellschaft ist gewachsen. Die Kapitalisten sehen in verstärktem Maße die Einbeziehung der jugendlichen Arbeitskraft in den Produktionsprozess fort, weil sie die gleiche Arbeit wie die erwachsene Arbeiterschaft, bei niedrigeren Löhnen, leisten muß.

Die 10-Jahre-KJZ-Kundgebung muß deshalb im Zeichen des verstärkten Kampfbündnisses der jungen und erwachsenen Arbeiterschaft stehen.

Nach der durch die Kommunalwahlen natürlich besonders angepöppelten Aktivität unserer Parteigenossen ist eine gewisse Passivität gefolgt, und doch wären gerade die Wochen nach der Wahl gut geeignet gewesen, die vor der Wahl begonnene Werbung für Partei und Presse fortzusetzen.

Vielleicht wird mancher Genosse sagen: Na, ja, Berlin! Wenn es auch richtig ist, daß man Berlin nicht so ohne weiteres mit Breslau und Schlesien gleichsetzen kann — falsch ist es aber ganz bestimmt, diese Tatsache als Entschuldigung für die eigene Inaktivität zu nehmen.

Auch der Stabilität Zentrum hat im allgemeinen, außer in den vollkommen Kleinbürgerlichen Gegenden, ganz gut abgeschnitten. Im Wahlkreis 10 (Wobäuer- und Burgstraße, Schußbrücke und Neumarkt), in dem das Zentrum die stärkste Partei ist, haben wir mit 70 Stimmen gegen 218 sozialdemokratische und 236 Zentrumler ganz gut abgeschnitten.

Ausschlüsse schlesischer Freidenker angedroht!

„Der Kampf geht weiter“ schrieb der „Freidenker“ großspurig, nachdem die Freunde um den Hauptvorstand des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung dem Konfordat zugestimmt hatten.

Ein beliebtes Argument zur Begründung von Ausschlüssen, das wir immer wieder hören müssen, ist, daß die Opposition den Verband für ihre politischen Zwecke ausnützen wolle.

Breslau, 8. Dezember.

Im Norden liegen die resultierenden Ergebnisse aus den Abstimmungsbezirken 31, 32, 40 und 47 vor, in denen wir diesmal über 100 Stimmen bekommen, und somit besser als 1:4 zur SPD stehen.

Die vorstehenden Ausführungen sollten unseren Genossen ein kurzer Hinweis sein, wo die Werbearbeit am erfolgreichsten zu werden vermag.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß jetzt wenigstens 116 erwerbsfähige Wähler anzutreffen sind.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich reiflich an der Wahl (Provinzialparlament, Kreisparlament, Gemeinderat) zu beteiligen.

Die Stellung des Verbandes zur SPD beweist, daß der Verband mit dem kulturreaktionären Kurs der SPD einverstanden ist und auch selbst keinen ernsthaften Kampf gegen Kirche und Reaktion mehr führen wird.

„Zawohl, ich halte das für richtig, daß diese Freidenker für das Konfordat gestimmt haben, und wir denken gar nicht daran, dieselben deshalb auszuschließen.“

Und war es denn in Breslau anders? Hat nicht hier auch die gesamte sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion für die Bewilligung der Mittel für den Religionsunterricht in den Schulen, für Gottesdienste in den Krankenhäusern, einschließlich der Irrenanstalt, gestimmt?

Auch in Schlesien häufen sich die Zuschriften aus den Ortsgruppen, wo von Oppositionellen verlangt wird, Reverte zu unterschreiben und wo ihnen der Ausschluß angedroht wird.

Die Opposition wird nun erst recht ihren Kampf gegen die Verfassung des Verbandes verstärken

und wird nicht duben, daß die Freidenkerarbeit und der Kampf gegen Kirche und Kulturreaktion, aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie und ihre Koalition, vernachlässigt wird.

Wer erhält Weihnachtsheft (1. und 10.) Erhöhung von den Wohlfahrtsämtern?

Darüber wird in der Erwerbslosenversammlung morgen, Mittwoch, 19 Uhr in den „Zentralballsaal“, Wendenstr. 50/52, gesprochen, die der Landes-Erwerbslosen-Ausschuss abends 7 Uhr in der Erwerbslosen-Versammlung, ebenfalls in den Zentralballsaal, stattfinden wird.

Bezirksleitung Schlesien des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Waldenburger Bergland

Eine Kommunalkonferenz

für den Unterbezirk Waldenburg findet am Mittwoch, dem 4. Dezember, um 19 Uhr, im „Eckstein“ statt. Alle kommunalistischen Stadtverordneten, Gemeinde- und Kreisratsvertreter müssen daran teilnehmen.

Unterbezirksleitung Waldenburg.

Gemeindevertreterversammlung in Liebschau

Die Gemeindevertreterversammlung in Liebschau hatte sich mit mehreren Punkten zu befassen. Zuerst gab der Schöffe Knorr Bericht über die Revision. Als zweiter Punkt wurde über den Antrag der Erwerbslosen und Bedürftigen verhandelt. Es wurde nach diesem ein und der eine Summe in Höhe von 700 Mark bewilligt, welche der Wohlfahrtskommission zur Verteilung überwiesen wurde. Das Geld soll kurz vor Weihnachten zur Verteilung gelangen. Darauf wurde die Einteilung der Gemeinde in zwei Wahlbezirke beschlossen, was durch die Eingemeindung von Finkenstein notwendig wurde. Nach Erlebigung kleinerer Fragen kam man zu Punkt Verschiedenes. Es wurde der Antrag auf Weihnachtsgeschenke für die Schulkinder gestellt. Es wurde beschlossen, 100 Mark für die Schulkinder für Nieder-Liebschau und 50 Mark für Ober-Liebschau zu geben. Damit war die Sitzung zu Ende.

Oberes Revier

Kangwäldersdorf. Die Generalversammlung des Arbeiter-Abfahrtsvereins fand am 24. November im „Gerichtskreuz“ statt. Sportgenosse Künze gab Bericht über seine Tätigkeit. Genosse Kramer berichtete über die Kassenverhältnisse. Die Rechnung ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender Hermann Künze, 2. Vorsitzender Fritz Heilmann, der zu gleicher Zeit Vömann der Rotorradabteilung ist. Kassierer Alfred Kramer, Schrift-

führer J. Koch, Kassierer Max Ryker und B. Berger, Saalführer Max Müller, Straßenfahrwart Fichmann, Zeugwart Adolf Kramer. Ortsportwartbelegierte sind Adolf Kramer, Max Müller und Adalbert Kramer. Zu Punkt Stillungsfrist wurde beschlossen, das 25jährige Bestehen des Vereins feierlich zu begehen, die weiteren Vorbereitungen bleiben dem Vorstand überlassen.

Schweidnitz

Das Stadttheater präsentiert uns die „Rose von Stambul“ in bunter, orientalischer Ausstattung. Dr. Darger leitete das Orchester

National- und sozialfaschistisches Gefindel

Ein Genosse aus Dittersbach schreibt uns: Mit welchen Methoden die Burschen aus dem national- und sozialfaschistischen Lager gegen uns Kommunisten vorgehen, zeigen folgende Vorfälle, welche unsern Genossen, die in der Wahlnacht von Sonnabend zu Sonntag rege tätig waren, passierten.

Im Oberdorf wurden zwei Genossen von nationalsozialistischen Strolchen angehalten und

mit der Schußwaffe bedroht,

wobei sie die Worte gebrauchten: „Halt, keinen Schritt weiter, oder wir schießen!“ Unsere Genossen ließen sich in keiner Weise von diesen Faschisten beeindrucken und bedrängten die Burschen, worauf diese feigen Strolche die Flucht ergriffen. Ein Faschist wurde erkannt, der Bursche heißt Ulrich und arbeitet in der Dittler-Bleiche. Hallo, Kriminalpolizei, hier hast du ein Arbeitsgebiet, greif zu! Hier findest du mehr als bei kommunistischen Funktionären. Wir gratulieren dem Obernazi Steiger Knoblich zu diesen „Genossen“.

Ein zweiter Vorfall, der ein sonderbares Licht auf die Reichsbannersozialfaschisten wirft, passierte einem unserer Genossen. Dieser wurde von einem Schupo und einem Mann in Zivil bis in die Wohnung verfolgt, weil er Plakate gelehrt

und vermittelte im Verein mit den Sängern den Zuhörern jene reizenden Walzermelodien, die diese Operette auszeichnen. Gerda Pahe und Paul Bieker erreichten ihr Bestes im Walzerlied des zweiten Aktes. S. Söhnguth, grotesk wie immer, quirlt geistig durch das Stück. Seine Gegenspielerin, Ely May, versteht es, durch Gesang und anmutiges Spiel Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Zum Schluß lösen sich mehr oder weniger reibungslos alle Vermittlungen, und da die Liebenden keine Sorgen haben, wie sie sonst sterblichen besorgt sind, können wir sie getrost ihrem Glück überlassen.

Die Warenverlosung hat am 1. Dezember von 16-18 Uhr, bei Hübel stattgefunden. Mitglieder, die noch im Besitz von Losen sind, können die Gewinnliste bei Genossen Max Grosse einsehen und die Gewinne abholen.

haben soll. War das ein gemeingefährliches Verbrechen, daß man früh um 1/26 Uhr in der ersterlichen Wohnung des Genossen eindringen muß, um seine Personellien festzustellen? Der Zivilist wurde als Reichsbannermann erkannt.

Reichsbanner und Schupo Hand in Hand

haben auf, daß die bösen Kommunisten ja keine Schandtaten in der „sozialfaschistischen“ Gemeinde Dittersbach ausreifen. Sie konnten aber nicht verhindern, daß ihrem Patensozialisten Köppler an die Fahnenfahne vor seiner Villa oben rauf ein großes Plakat gezogen wurde, mit der schönen Inschrift: „Fort mit den Futtermittelpiraten, wählt Liste 6!“ Die Leute, welche morgens vorbeigingen, schmunzelten und nickten mit dem Kopfe: „Ja, ja, stimmt.“ Vom Turm des Weilerwachhauses flatterte eine große rote Fahne mit der Inschrift: „Wählt Kommunisten, Liste 6!“ Sogar auf den Diabult waren die bösen Kommunisten gekrochen und hatten ein Plakat angebracht mit den Worten: „Wählt Liste 6!“

Den Klassenbewußten Arbeiter rufen wir zu: Lernt aus den obengenannten Vorfällen! Heraus aus den faschistischen Organisationen beider Lager! Einem in die kommunistische Partei, welche die Führerin im revolutionären Klassenkampf ist!

Niederschlesien

Behördliche Kindesentführung in Görlitz

A. R. Des öfteren mußten wir uns schon mit dem rigorosen Vorgehen des Wohlfahrtsamtes gegen Unterhaltungs-empfangner beschäftigen. Schon wieder haben sich einige Fälle abgespielt, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Der eine Fall, der sich in den Baracken auf der Rothenburger Straße abgespielt, erregte die berechtigste Empörung aller Mitbewohner. Der Sohn der alleinlebenden Frau Klausniger war ohrenleidend und wurde mehrmals vom Schularzt untersucht, der aber nichts Befriedigendes feststellte. Das Wohlfahrtsamt ließ den Jungen von Dr. Schulz untersuchen, der eine sofortige Operation für notwendig erachtete. Die Mutter konsultierte mit ihrem Kinde auf eigene Kosten einen bekannten Görlitzer Spezialarzt, der eine Operation für nicht erforderlich erachtete. Auf dieses ärztliche Gutachten hin weigerte sich die Mutter, ihr Kind operieren zu lassen. Nach einigen Tagen erschien auf Veranlassung des Wohlfahrtsamtes das Sanitätsauto mit einer Pflegerin und einem Schupo. Einen solchen Anzug veranlaßte man, um einer Mutter gewaltsam das Kind zu entreißen. Die Mutter, welche sich schützend vor ihr Kind stellte, wurde von dem Polizeibeamten tödlich angegriffen und auf die Bettlante geworfen, wovon sie grüne und blaue Flecken erhielt. Das Kind schreute sich barfuß und unbedeckt über die Felder. Nun setzte eine Hejrag gegen den Jungen ein. Ein Mitbewohner, der sich über dieses skandalöse Vorgehen aufregte, wurde gleichfalls mißhandelt. Das Kind wurde ins Krankenhaus eingeliefert und ist bis zum heutigen Tage noch nicht operiert. Nicht genug damit, daß man der Mutter, ohne besonderen Anlaß, das Kind wegnahm, forderte die Polizeiverwaltung von Frau Klausniger, binnen drei Tagen ihren Logisraum auszuquartieren. Dem wird unter Androhung einer Geldstrafe von 30 Mark in jedem Einzelfalle das Betreten der Wohnung verboten. Der zweite skandalöse Fall der gewalttätigen Kindesentführung durch das Görlitzer Wohlfahrtsamt betrifft die Familie Kirchner. Der Sohn der Familie Kirchner ist ein schwächliches Kind. Der Antrag an das Wohlfahrtsamt, dem Kinde Kleidung zu geben, wurde abgelehnt. Das Kind sollte auf Erholung kommen, wogegen auch die Eltern nichts einzuwenden hatten. Nun ereignet sich daselbe Vorgehen, wie im ersten Falle. Das Kind wurde ohne Wissen der Eltern fortgebracht. Während der Schulstunden erziehen eine von den fähigen bekannten Pflegeeltern und hatte das Kind ab. Die Eltern, die um ein Uhr das Kind von der Schule erwarteten, wurden auf die Forder gezwungen. Die Lehrerin sowie der Rektor waren nicht in Kenntnis gesetzt worden, wo das Kind hingekommen ist. Die Eltern suchten kundenlang in aller Erwartung, dem Kinde konnte ein Unfall zugefallen sein. Nachmittags um vier Uhr, also acht Stunden nach der Entführung des Kindes aus der Schule, fand es der Vormund Günther für notwendig, die Eltern durch einen nicht bezogenden Zettel zu unterrichten. Die Benachrichtigung der geängstigten Eltern bestand in der kurzen Mitteilung: „Ihr Sohn ist in einem Fürsorgeheim untergebracht.“ Auf Befragen beim Vormund sowie bei der besessenden Schwester erhielten sie keine Auskunft. Gegen ein solches Vorgehen von Seiten einer Behörde, die sich noch den Namen „Wohlfahrtsamt“ gibt, muß ganz energisch vorgegangen werden. Die Behörde ist zu einem Auswuchs überflüssiger Bürokratie geworden.

fenster. Von diesem wurde der Ghemann Oswald Thiel in den Kopf getroffen und schwer verletzt. Er mußte sofort ins Krankenhaus eingeliefert und operiert werden. Man entfernte einige Metallstücke aus dem Kopfe. Der Zustand des Angelegenen ist sehr ernst. Er kann keine Angaben darüber machen, wer den Schuß abgegeben haben kann.

Haynau

Wieder ein Skandal. In der Gepäcksfertigung des Bahnhofs waren schon verschiedentlich Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Als jetzt eine Expressgutendung mit Zigaretten verschwand, gelang es als Täter einen Hilfskassenschaffner aus Göllschau zu ermitteln. Die Untersuchung gegen ihn ist eingeleitet.

Liegnitz

Schweres Schadenfeuer

Montag früh in der vierten Stunde brach im Grundstück des Müllermeisters Weigt, Gerichtsstraße 35, ein Schadenfeuer aus, das bei seiner Entdeckung schon weit fortgeschritten war. Beim Eintreffen der Feuerwehr waren die Ställe völlig mit Rauch gefüllt. Die Rauchschwaden waren so dicht, daß die Wehrmänner nur kriechend vorgehen konnten. Ein Feuerwehrmann mußte wegen einer Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. Ein Kalb, Schweine und eine größere Anzahl von Geflügel kamen bei dem Brande um, während das Großvieh noch gerettet werden konnte. Vernichtet wurden der Dachstuhl und die oberen Räume. Ritzebrannt sind erhebliche Vorräte. Der Schaden ist groß, der Besitzer nur ungenügend versichert.

Eineinhalb Jahre Gefängnis um ein Paar Schuhe

Immer wieder kommen der bereits 17mal vorbestrafte Alfred Kutich in Liegnitz, und der ebenfalls oft vorbestrafte Karl Klink in Pansdorf mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt. Im Juli begingen sie wieder gemeinschaftlich einen Diebstahl, um ihre leeren Geldbeutel etwas zu füllen. Einer stieg auf die Schultern des anderen, und brang so in den offenstehenden Heuboden des Kräutereibesetzers Hermann ein. Hier wurden ein Paar Vorkassenschuhe und ein Spritzleder entwendet und zu Geld gemacht. Kutich erklärte, aus Not gehandelt zu haben, da seine Frau lange Zeit krank gewesen sei. Trotz des geringen Wertes der Diebesbeute beantragte der Staatsanwalt gegen jeden von ihnen zwei Jahre Zuchthaus (!) und fünf Jahre Ehrverlust. Das Liegnitzer Schöffengericht erkannte gegen jeden auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Glogau

Drei Mann ins Zuchthaus um ein Motorrad

Wie leicht ein unbedenklicher Schritt ins Zuchthaus führen kann, zeigt eine Verhandlung vor dem Liegnitzer Schöffengericht. Der Bauerehe Willy Tschirchow wollte sich im Dezember 1926 ein Motorrad kaufen. Er verhandelte mit dem Liegnitzer Oberstadtschreiber Heiber und wollte schließlich dessen Maschine für 1000 Mark kaufen. 100 Mark wurden sofort angezahlt, die restlichen 900 Mark sollten bei Auslieferung der Maschine erlegt werden. Pflösch behauptete Tschirchow, er habe die 900 Mark bereits bezahlt, und klagte gegen Heiber auf Herausgabe des Motorrades. Tschirchow verhandelte auch zwei Jungen zu gewinnen, die beschworen, gehen zu haben, wie Tschirchow die 900 Mark bezahlte. Hierauf erstattete Heiber Anzeige wegen Meineides. Nach einer eingehenden Verhandlung vor dem Glogauer Schwurgericht wurden die beiden falschen Jungen wegen Meineides mit Zuchthaus bestraft. Tschirchow erhielt wegen Anstiftung zum Meineide ebenfalls 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Hieron hat er bereits vierzehn Monate verbüßt, und erhielt für den Rest Bewährungsfrist. Nun hatte er sich wegen derselben Sache vor dem Liegnitzer Schöffengericht wegen Betruges zu verantworten. Er erhielt nochmals vier Monate Zuchthaus, die in eine Haftstrafe von zwei Monaten Zuchthaus zu der ersten Strafe umgewandelt wurden, doch wurde Strafbefreiung gewährt.

Aus dem Riesengebirge

Das Klassengericht erzieht zur „Liebe zur Republik“

Der Kommunist Lehmann in Grünau hatte seine schulpflichtigen Kinder nicht zur Verfassungsfestern in die Schule geschickt. Das Hirschberger Amtsgericht verurteilte Lehmann mit der Begründung, daß die Schulfeiern einen Teil des Unterrichts darstellen und daher von allen Kindern besucht werden mußten. Dieser Ansicht ist jetzt auch das Kammergericht beigetreten, indem es die Revision Lehmanns gegen das amtsgerichtliche Urteil verworfen hat. Nach Auffassung des Kammergerichts hat zwar jeder Deutsche das Recht, „seine Meinung frei zu äußern“, aber „nur innerhalb der allgemeinen Gesetze“.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband**
 - Breslau:
 - Sehr wichtig! Die Kaltproletler der Breslauer Gruppen müssen am Dienstag, also heute, nämlich um 20 Uhr in der Gebirgsstraße sein. Keine Gruppe darf fehlen.
 - West: Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Geld und Bücher mitbringen.
- Jung-Spartakus-Bund**
 - Breslau:
 - West: Dienstag 17 Uhr im „Kuglerhelm“, Leutenstraße, Gruppenabend. Alle Pioniere müssen erscheinen.
 - Süd: Mittwoch 17 Uhr treffen sich alle Pioniere am „Eisenberg“, Holtenstraße. Kein Pionier darf fehlen. Sehr wichtig!
 - Öst: Mittwoch 18 Uhr bei Joubilid, Königgräber Straße. Alle Pioniere müssen pünktlich erscheinen.
 - Nord: Donnerstag 17 Uhr müssen alle Pioniere in der „Stadt Ranslau“, Mattheisstraße, sein. Sehr wichtig!
- Antifaschistische Arbeiterwehren**
 - Breslau:
 - Süd: Montag 20 Uhr Generalmitgliederversammlung im „Eisenberg“, Holtenstraße 23.
 - Proletarischer Schützengilde Eshauer Tor: Montag 20 Uhr alles bei Joubilid erscheinen.
 - Arbeiterjugendwehr Sektoria: Montag 20 Uhr bei Metzlig, Uferstraße, Generalmitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.
- Constitutive Organisationen**
 - Görlitz: Bund der Freunde der Sowjetunion. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung in den Union-Vierhäusern, Langenstraße.
 - Görlitz: Internationaler Bund. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Felsenstein“. Am 13. Dezember Weihnachtsfeier im Kongresshaus.
 - Görlitz: rote Hilfe. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung in den Union-Vierhäusern, Langenstraße.
 - Breslau: A. G. B. Donnerstag 19.30 Uhr im „Grünen Baum“ Ortsausführung. Alle Delegierten müssen erscheinen. Die Gewerkschaftshausmärkte sind mitzubringen.

Rundfunk-Programm

- Mittwoch, 4. Dez. 16:** Dr. Fischer: Maßuren. ● 16.30: Fremdsprachliche Unterhaltungsmusik. Funkkapelle. C. Feder (Cello). ● 17.30: Jugendliebe. ● 18.15: Rinderkunde. Margot Ecklein: Funtvorträge aus den Nilolans. ● 18.40: Gleiwitz: Zum Barbaratag. „Liebesleucht“ von Rob. Kurpius. P. Rania (Rez.). ● 19.05: Abendmusik. Schallplatten. ● 20.05: Alex. Kunge: Bild in die Zeit. ● 20.30: Kunstparadien. Letztere Stunde mit Sol. Klaut. Mitw.: Funkkapelle. ● 21.30: Gleiwitz: Barbarafest. Aus dem Bergmannsleben. P. Rania, Kub. Lux, Fr. Kauf. Orchester Fritz Postag. ● 22.35: Aufführungen des Breslauer Schauspiels. ● 23: Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrates.
- Donnerstag, 5. Dez. 9.30:** Gleiwitz: Schulfest. Nilolansfeier. ● 16: Dr. Boehlich: Seugen mittelalterlichen Rechts in Schlesien. ● 16.30: Kammermusik. Fr. Marthaleit (Klavier), C. Feder (Cello), C. Gröbe und W. Frenzel (Violine), Dr. Jany (Bratsche). ● 17.30: Bühnenkunde. ● 18: Gleiwitz: Chefredakteur Dr. Joffel: Das geistige Werden in Obereschleien. ● 18.25: Prof. Dr. Schödel: Experimentelle Biologie. Sprecher: Alex. Kunge. ● 18.50: Abendmusik. Kompositionen von G. Puccini, Lotte Telle (Soprano), Funkkapelle. ● 19.50: C. Klar: Staat und Gewerkschaften. ● 20.15: Liebesleucht von Arthur Schnitzler. ● 21.30: Gröslau: Schließliche Kunststätten. Im Kloster Gröslau. Leitung: Oberkaplan A. Härtel. Dr. Wenzel. Vater Luterotti O. S. B. ● 22.30: Berlin: Funk-Tanzunterricht. W. Carlos. ● 23: Berlin: Tanzmusik.
- Freitag, 6. Dez. 16:** Frauenkunde. Frau Viebig: Weihnachtliche Kunst im Hause. ● 16.30: Schallplatten. Aus „Die Liebesleucht“ von Joh. Strauß. ● 17.30: Kinderzeitung. Schnuffstübchen und der Zeitungsonkel. St. Nilolansfest in der Redaktion der Kinderzeitung. ● 18: Aktuelles zur Freizeitz. Wochenendvortrag: Wohin bei dem Wetter? ● 18.15: Gleiwitz: W. Dubinsky: Aus den Anfängen des obereschleischen Theaters: Zeit der Kaiser. ● 18.40: Zahnarzt Dr. Lunitalski: Alter und Gebiß. ● 19.05: Abendmusik. Schallplatten. ● 19.30: Gleiwitz: Heim. Hallendorf (Tenor). ● 20.05: Dr. Schödel: Der Bau des Weltalls. ● 20.30: Violinsonnert. Konzert für Violine und Orchester in A-dur von M. Reger. (Orgel von Reuter (Violine), Schell. Philharmonie. ● 21.30: Ludwig Harbt spricht. Aus den erzählenden Schriften von Lotz. ● 22.35: Reichstagsbericht.

Breslau
Vom Meister in den Tod getrieben
In Breslau erschog sich am Mittwoch der 16jährige Lehrling Hartmann. Er war von seinem Meister geprügelt und erlassen worden, worauf er erklärte: „Lieber gehe ich in den Tod, als daß mich prügelten laße.“ Nachmittags fand man die Leiche am Sahngraben an.

Görlitz
Scheitnisvoller Schuß durch das Fenster
Als gegen Abend die Familie des Strimers Thiel in Waldhause am Hauptbahnhof saß, fiel plötzlich ein Schuß durch das

welchlichen und jugendlichen Arbeiter werden auf das äußerste für Hundelöhne ausgebeutet

Anhäufung des Reichtums — Anhäufung des Elends

Ganz im Gegensatz zu den Versicherungen der Gewerkschaftsführer, daß die „Erhaltung der Konjunktur“, die weitere Konzentration und Bereicherung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft auch den Arbeitern zugute kommen wird, hat uns die Erfahrung ein ganz anderes Bild gezeigt. Wer die widersprüchliche Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft begriffen hat, für den war es von vornherein klar, daß der Anhäufung des Reichtums auf dem einen Pol nicht die Entlohnung, sondern die Steigerung des Elends auf dem anderen Pol entsprechen muß. Wir, die revolutionären Marxisten, konnten das voraussehen an Hand der Marx'schen Lehre, deren einzige Vertreter und Verfechter wir sind. Karl Marx umriß das von ihm formulierte Gesetz der kapitalistischen Akkumulation im ersten Band des „Kapitals“, Seite 582-588 wie folgt:

„Es folgt daher, daß im Maße, wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß. Das Gesetz (der kapitalistischen Akkumulation v. Red.) endlich, welches die relative Uebersättigung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält... Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation auf dem Gegenpol.“

Die Arbeiterklasse kann deshalb kein Interesse an der Stärkung und Bereicherung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft haben.

Die Nationalisierungsprofite benutzt die Bourgeoisie nicht nur für den Kauf von neuen arbeitssparenden Maschinen, die Tausende und aber Tausende von Arbeitern brotlos machen, sondern auch zum Zwecke der Korruption und Bekämpfung der Arbeiterorganisationen. 300 000 Markte verteilt die Sozialdemokratie an ihre Mitglieder. Dabei ist klar, daß die Elemente, die das Geld von

R.G.J. begrüßt die kämpfende Gewerkschaftsopposition

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale hat folgendes Telegramm an den Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands gefandt:

„Vollzugsbüro Rote Gewerkschaftsinternationale entbieten Eurem Kongreß heißen proletarischen Kampfesgruß. Ihr tretet zusammen im Augenblick rasch anwachsender Welle erbitterter Klassenkämpfe. Diese stellt die revolutionären Kämpfer des deutschen Proletariats vor außerordentlich große verantwortungsvolle Aufgaben. Diese Kämpfe erfüllen völlig das freibewährliche sozialistische Wesen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, sie zeigen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die einzige Kraft ist, die fähig ist, die Tageskämpfe der proletarischen Millionenmasse um ihre Forderungen zu führen. Diese Kämpfe bekräftigen praktisch die absolute Richtigkeit der revolutionären Taktik des I.V. R.G.J. - Kongresses, des unvermeidlichen, unvermeidlichen Kampfes gegen die sozialfaschistischen Agenten der Bourgeoisie, nur verstanden auf die eigenen Kräfte. Nur bei Einhaltung der klaren revolutionären Linie auf selbständige Leitung der Wirtschaftskämpfe des Proletariats gegen die Einheitsfront der Kapitalisten und Reformisten, werdet Ihr die Mehrheit der Arbeiterklasse um Euer Kampfbanner führen und Sieg erringen können. Neuen Klassenkämpfen entgegengehend, müßt Ihr mit größter Entschiedenheit, Schnelligkeit alle Ueberreste opportunistischer Tendenzen in den eigenen Kräften überwinden, alle revolutionären Kräfte innerlich und äußerlich der Gewerkschaften sowie der Betriebe von unten bis oben organisieren, zusammenzuführen und größte Energie entfalten, um die Massen dem Einfluß der Sozialfaschisten zu entreißen.“

Es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands!

Vollzugsbüro Rote Gewerkschaftsinternationale.

Stärker genommen haben und diejenigen, die als Minister, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten oder als sonstige Funktionäre des kapitalistischen Staatsapparates ihre fetten Gehälter bekommen, mit nichts sich voneinander unterscheiden.

Die Nationalisierungsprofite benutzt die Bourgeoisie auch dazu, um eine faschistische Bewegung aufzuzüchten. Der Damm des Sozialfaschismus scheint der Bourgeoisie unzureichend, um die Arbeiterklasse niederzuhalten und zurückzuschlagen, der Nationalsozialismus soll das übrige tun. Entlassene Angehörige, enttäuschte Arbeiter, Frauen und Jugendliche sollen durch die nationalfaschistische Demagogie gefangen werden.

Nur zwei Wege gibt es — den Weg der Diktatur der Bourgeoisie mit Hilfe des Sozialfaschismus und des Nationalfaschismus und den Weg der proletarischen Diktatur, der von anderen Klassenführern in der Sowjetunion gegangen wird. Der Redner zeigt an Hand von vielen Beispielen den Unterschied in der Lage der Arbeiterklasse im kapitalistischen Deutschland und im Lande der Herrschaft der Arbeiter und Bauern.

Die Gewerkschaftsführer und ihre Presse hören nicht auf zu behaupten, sie ständen auf dem Boden des Marxismus. Wie sieht dieser Marxismus aus? Die Erziehung des Streiks durch die Mitarbeit an der kapitalistischen Wirtschaft, ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus, die Anerkennung der Möglichkeit der dauernden und beträchtlichen Verbesserung der Lage des Proletariats im Kapitalismus, die Auffassung, daß die Krise durch Vereinbarung zwischen den kapitalistischen Mächten aus der Welt geschaffen werden können — das ist ein Auswuchs aus dem „Marxismus“ der Gewerkschaftsführer. Es genügt, eine Gewerkschaftszeitung oder -zeitschrift in die Hand zu nehmen, um sich sofort von der Beschaffenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu überzeugen. Der die Gewerkschaften beherrschende Apparat ist eine direkte Stütze der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates.

Was ist das Tarifvertragswesen heutzutage? Die Tarifverträge kann man nicht mehr als Verträge zwischen zwei Parteien ansehen, sie werden diktiert von einer Partei, von der vereinzelten Front der Unternehmer des kapitalistischen Staates und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Sind die Tarifverträge heutzutage der Ausdruck des Kräfteverhältnisses in den Betrieben? Keineswegs! Die auf Jahre hinaus von der Bürokratie abgeschlossenen oder vom Reichsarbeitsministerium festgelegten Verträge sind das brutale Diktat der Arbeiterklasse. Wo sind die Belegschaftsversammlungen, die bei Abschluß eines

Das rote Berlin begrüßt den Oppositionskongreß

Die Massen wollen den Kampf — Gegen Unternehmer, gegen Gewerkschaftsbürokratie, gegen Jörgiebel marschiert die Rote Front!

Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition! In zu begreifen, marschierten gestern Abend die Bataillone der Arbeiter aus den Berliner Bezirken um 19 Uhr am Bülowplatz vor dem Hause der Kommunistischen Partei auf. Viele Tausende sind kurz vor 7 Uhr auf dem riesigen Platz versammelt, neue Tausende strömen hinzu. „Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, „Statt Schlichtungsschwünkel Wirtschaftskämpfe“, „Wählt revolutionäre Vertrauensmänner in den Betrieben!“, „Kämpft für den Siebenhunderttag!“, „Verteidigt die Sowjetunion!“ sowie andere jährliche Transparente, die den Stolz des Berliner Proletariats auf den Sieg der „Roten Armee des Fernen Ostens“ über die chinesischen Weißgardisten verkünden, werden in den endlos anmarschierenden Zügen der Arbeiter mitgetragen.

Unaufhörlich provoziert die Polizei.

Den Kommunisten in der Hand schwingend, werden schmerzhaft wahllos „verbotene Rote Frontkämpfer“ verhaftet. Aber es zeigt sich ein System in dem gestrigen Vorgehen der Polizei. Bewußt wird hier nach einem wohlbedachten Plan versucht, angesichts der Erregung und Verbitterung der Massen über ihre unerträgliche Lage bewaffnete Zusammenstöße herauszufordern. Die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Zuträger verstehen sehr gut den Sinn der gestrigen Massendemonstration, die zeigte, daß Millionen organisierter und unorganisierter Arbeiter auf den Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition sehen. Die Feinde der Arbeiterklasse verstehen sehr gut die Kampfschlossenheit dieser Massen, die mit dem System der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie brechen wollen. Und hier erklärt sich der Sinn der gestrigen Polizeiatacken.

Aber die Jörgiebel-Kofaden verrechnen sich! Der gestrige Massenaufmarsch hat bewiesen, daß an der eisernen Disziplin der Berliner Arbeiter alle diese Versuche gescheitert.

Um 19.15 Uhr wird das Massenmeeting unter donnernden Rot-Front-Rufen und mit dem Kampfesang „Wölber, zur Sonne, zur Freiheit“ eröffnet. Und dann sprechen immer und immer wieder vor brauendem Beifall unterbrochen, die Delegierten des Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Wichtig werfen sie die Kampfsprüche des Kongresses in die Massen. Als erster überbringt die Größe des österrödischen Proletariats der Genosse Zertl. Dann folgt für die Berliner werktätigen Frauen die Genossin Krüger. Für das rote Ruhrgebiet begrüßt Genosse Saefow das rote Berlin. Nach ihm spricht Genosse Beder, als Vertreter des I.R. der kommunistischen Jugend, von Beifall empfangen.

Als letzter Redner ergreift Genosse Hedert das Wort. Während die Sowjetunion den Sozialismus aufbaut, soll das deutsche Proletariat jahrzehntelang unter den Sklavenketten des Young-Pattys schmachten. Die Sozialdemokratie ist der Kettenhund der Bürgertum-Diktatoren, Sewering will mit dem Kommunistengesetz das Proletariat in Ketten schlagen. Aber der heutige Aufmarsch beweist, daß die Sozialfaschisten auf Granit stehen werden. Verbündet euch mit der Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei, heran an den Feind! Schloß Genosse Hedert unter dem Beifall der Tausenden.

An das I.R. unserer kommunistischen Bruderpartei der Sowjetunion wurde die Abendung eines Telegramms beschlossen, in dem es u. a. heißt:

Tarifvertrages ihre Meinung zu sagen haben? Wo verwendet man das Geld, das durch die Mitgliedsbeiträge einfließt, für Streikunterstützungen? Nur einen geringen Prozentsatz ihrer Einkommen verwenden die Gewerkschaften für Streikunterstützung und auch nur dort, wo es sich um typisch untergeordnete Gruppen vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes handelt.

Wir haben in Deutschland kein Koalitionsrecht mehr. Koalitionsrecht muß Streikrecht sein, muß das Recht sein, sich zu vereinigen zum Kampfe um die eigenen Interessen. Die Gewerkschaftsorganisationen, die dieses Recht haben, sind keine Kampfsorganisationen mehr, sie werden durch die Gewerkschaftsbürokratie zur Hemmung des Klassenkampfes tagein, tagaus mißbraucht. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, sich das Streikrecht zu erkämpfen.

Unser strategischer Plan

Es ist die Aufgabe des Kongresses, der Arbeiterklasse den Weg zu zeigen, den sie gehen muß, um den Angriff der Unternehmer zurückzuschlagen und zum Gegenstoß überzugehen. Wir kennen keine anderen für die Arbeiterschaft erfolgreicheren Kampfmittel als den Streik im Betrieb und Industriezweig, die Demonstration, den politischen Massenstreik, und im akuten Stadium der revolutionären Entwicklung den bewaffneten Aufstand gegen die Bourgeoisie. Dabei ist für uns klar, daß die Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse die Herausbildung einer revolutionären Führung ihrer Tageskämpfe ist.

Die Größe unserer Aufgaben erheischt eine klare und rücksichtslose Selbstkritik, eine sorgfältige Überprüfung unserer Aktionen, ihrer guten und mangelhaften Seiten. Wir, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, können uns erlauben, über andere Mängel offen zu sprechen. Sollen doch einmal die U r i c h oder Leipzig anfangen offen ihre Maßnahmen zu kritisieren. Die Selbstkritik muß sich für die Gewerkschaftsbürokratie in die Selbsterledigung verwandeln.

Seit dem Ruhrkampf und dem Westarbeiterstreik an der Wende des Jahres 1928/29 hat die Gewerkschaftsbürokratie trotz steigender Lenkung keine Streiks geführt. Wir, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, sind in diesem Jahre als einzige Kraft, die die Streiks organisiert, hervorgerufen. Wir konnten auch die Anlässe der revolutionären Führung der Arbeiterkämpfe schaffen. Auf diesem Wege muß weitergeschritten werden, unbedrückt des Gehirns der rechten Liquidatoren und der linken Setzler.

Die Kampfleitungen, die von der Arbeiterschaft selbst gewählt und mit ihr verbunden und verknüpft sind, müssen die Führung in jedem Wirtschaftskampf haben. Der Kampf um den Betriebsrat muß mit aller Entschiedenheit geführt werden, der Apparat der revolutionären Vertrauensleute muß ausgebaut

„Vertäufelter revolutionärer Klassenkampf, unerträgliche Arbeit an der Organisierung der deutschen Arbeiterrevoluktion, das ist unsere Antwort auf die gesteigerten Kriegszustellungen der imperialistischen Mächte gegen den ersten Weltkrieg. Es lebe die Rote Armee, es lebe die kommunistische Partei der Sowjetunion, es lebe das Kampfbündnis zwischen dem russischen und deutschen Proletariat, es lebe der Kampf um die Diktatur des Proletariats in Deutschland.“

Tolle Polizeiprovoaktion in Neutölln

Bei dem Anmarsch des Neutöllner Demonstrationzuges zum Bülowplatz ereigneten sich schwere Zwischenfälle, die durch das provokatorische Auftreten der Polizei hervorgerufen wurden. Ein Zug von vielen Tausenden setzte sich vom Reuterplatz aus unter Führung von zwei Kapellen in Bewegung.

Bereits an der Kottbuser Brücke versuchte die Polizei, Zusammenstöße herbeizuführen. Mit riesigen Scheinwerfern wurde der Zug von vorn und hinten abgeleuchtet. Den antisfaschistischen Zügen Garben wurden die Wimpel weggenommen und ihr Leiter unter Protest verhaftet. An der Wasserloren-Grabenstraße ging dann die Polizei ohne jeden äußeren Anlaß zu einer brutalen Attacke auf die Demonstranten über.

Mit bezogenem Revolver und Gummiknüppel führten sie sich von vorn und hinten auf Männer, Frauen und Kinder. Die Instrumente der beiden Kapellen wurden von Jörgiebel-Kofaden in Grund und Boden zertrümmert. Einer der Musiker mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung und inneren Verletzungen zu einem Arzt gebracht werden.

Dennoch schlossen sich immer wieder die Massen zusammen und führten die Demonstration bis zum Bülowplatz durch. Ungeheuer war die Empörung der Einwohner, die in donnerndem Zurufen wie „Mörderpack! Bluthunde!“ ihrem Abscheu gegen die Jörgiebel-Beistien Luft machten.

Der rote Wedding rückt an

In Massen versammelten sich die Weddingener Arbeiter am Brunnenplatz, um von dort in einem gewaltigen Demonstrationzuge durch die Straßen des Weddings marschierend, zum Bülowplatz zu gelangen. Auf dem Brunnenplatz selbst war ein mit erleuchteten Transparenten versehener Stand errichtet worden, an dem Aufnahmen in die Partei entgegengenommen wurden.

Begeisterter Empfang wurde den Demonstranten in der mit vielen roten Fahnen und aus den Fenstern gesteckten brennenden Fackeln geschmückten Kösliner Straße bereitet. In fürmischen „Ho!“ und „Rot-Front“-Rufen bewies die Bewohner ihre Solidarität mit dem revolutionären Proletariat. Auch die mitgeführten Transparente fanden fürmischen Beifall.

Auch am Eingang der Kösliner Straße versuchte die Polizei, genau wie in Neutölln, Zusammenstöße zu provozieren.

Auch die Beteiligung an den anderen Demonstrationen in den übrigen Bezirken, wie Charlottenburg, Schöneberg und im Kreuzberg, war auffallend stark.

werden. Der rote Betriebsrat muß zeigen, daß er im Gegensatz zu den Reformisten die Interessen der Belegschaft gehörig vertritt. Er muß sich auch klar sein, daß es seine Aufgabe ist, die Belegschaft zum revolutionären Klassenkampf zu erziehen. Dabei muß jeder rote Betriebsrat wissen, daß es für ihn keinen anderen Schutz gegen den Unternehmer gibt, als den Schutz, den alle seine übrigen Kollegen im Betrieb haben — den Selbstschutz der kampfbereiten Belegschaft.

Unsere Arbeit in den Gewerkschaften muß verstärkt werden. Wir werden uns keineswegs von den Millionen Organisierten isolieren lassen. Wir sind aber der Meinung, daß man die revolutionäre Gesinnung nicht nach dem Mitgliedsbuch des Verbandes beurteilen soll, sondern an der Führung des Kollegen im Betrieb. Nicht die Schaffung von eigenen Läben, nicht mit Ausstellung von neuen Mitgliedsbüchern werden wir uns jetzt abgeben — das hätte die Verfassung unserer Bewegung bedeutet —, sondern mit der Zusammenfassung der entscheidenden Gruppen des Proletariats in eine einheitliche Kampffront. Die W a l c h e r und E d e r l e einerseits und die K a i s e r und S c h u h m a c h e r andererseits werden uns von dem großen Weg der Gewinnung der entscheidenden Massen der organisierten und unorganisierten Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf nicht abhalten können.

Hartnützig, zielbewußt und rücksichtslos werden wir unseren großen strategischen Plan, der der Weg zu Brot und Macht für die deutsche Arbeiterklasse ist, durchsetzen.

Das Referat des Genossen M e r k e r, das etwa zweieinhalb Stunden dauerte, wurde mit gespannter Aufmerksamkeit von dem Riesensaal angehört. Die besonders schlagenden Formulierungen wurden mit Begeisterung aufgenommen und am Schluß belohnte die Versammlung den Genossen M e r k e r mit einem langanhaltenden Beifall.

Begrüßungen

Der Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition erhielt Begrüßungsschreiben, bezw. Telegramme: von den Erwerbslosen in Weinhelm, von dem oppositionellen Gewerkschaftsrat in Weinhelm, von dem Betriebsrat Haebler-Zittau, von den zwei-tausend Köslinger Zersplitterten, von den streikenden Berufshilfern in Gleiwitz, von der I.R. Bezirk Baden-Pfalz, vom Holzarbeiterverband in Mannheim, vom Seemannsklub-Bremen, Kampfabteilung Mecklenburg-Schwerin, Belegschaft Götter-Chemnitz, Verband proletarischer Freidenker Berlins, Verein oppositioneller Freidenker Götter und vom Zentralvorstand der Rote Hilfe Deutschlands. Auch aus dem Ausland gingen Begrüßungstelegramme ein, und zwar vom Verband der Textilarbeiter und -arbeiterinnen der UdSSR, vom Zentralrat der roten Gewerkschaften der UdSSR, vom Ostländischen Rat der Gewerkschaften und der Arbeiterfraktion des Parlaments und vom Internationalen Propagandakomitee der Metallarbeiter, Moskau.